

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 4
DEZEMBER 1998
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT



Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit

Delikate Dialoge, Schweizer
Engagement, vielversprechende Projekte

Mosambik im Porträt

Fragiles Zusammenleben nach Jahrzehnten
des Bürgerkriegs

Streitgespräch Menschenrechte

Ein Algerier, ein Kongolese und ein Schweizer
debattieren

DOSSIER



MENSCHENRECHTE

Heikler Flirt mit den Menschenrechten

Internationale Zusammenarbeit und die Respektierung der Menschenrechte gehen je länger desto mehr Hand in Hand – das Unterfangen aber bleibt heikel

4

Zoom auf Kasernen und Kommissariate

Die Schweiz integriert die Förderung der Menschenrechte in ihre Aussenpolitik und führt Dialoge mit verschiedenen Ländern

8

«Die Bilanz hinterlässt gemischte Gefühle»

Mary Robinson, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, im Interview

10

Mobile Anwälte für die Ärmsten

Ein spannendes und erfolgreiches Projekt der DEZA in Bolivien

12

Europas letzter Urwald

Der Kampf um die Erhaltung des Petschora-Ilytsch-Reservats in der russischen Teilrepublik Komi

21

Viele Partner – spezielle Beziehungen

Die DEZA beteiligt sich erfolgreich an «Partnerschaft für den Frieden»

22

Einblick DEZA

23

FORUM



Menschenrechte – ein Luxus der reichen Länder?

Urs Ziswiler, Mohamed-Salah Dembri und Emmanuel Kabengele Mpinga im Streitgespräch

24

Carte Blanche

Ruth Segomotsi Mompoti, Botschafterin Südafrikas in Bern, über die Sache der Frau in Südafrika

27

LÄNDER UND LEUTE



MOSAMBIK

Landminen und Langusten

Mosambik erholt sich vom Bürgerkrieg, setzt Hoffnungen in den Tourismus und kämpft gegen Armut

14

Ich wünsch mir Regen in Chicumbane

Die Mosambikanerin Elsa Tivane erzählt aus ihrem Leben

18

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ

Ein Schritt nach vorn!

Jean-François Giovannini, Stellvertretender DEZA-Direktor über soziale Entwicklung

19

Gespräche statt Krieg

Ein Forscherteam sucht mit Unterstützung der DEZA in Eritrea und anderswo Lösungen für den Wiederaufbau

20

KULTUR



Tschechien im Fokus

Ein Photo-Projekt der besonderen Art

28

Editorial	1
Periskop	2
Was eigentlich ist... Targeting?	23
Service	31
Leserbriefe	32
Agenda	33
Impressum und Bestellcoupon	33

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Edi torial

Dieser Tage, genauer am 10. Dezember, feiert sie ihr 50-jähriges Bestehen. Doch gibt es überhaupt einen Grund, diesen Geburtstag zu feiern? Gibt es einen Grund, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu feiern, in die nach den dunklen Jahren des nazifaschistischen Terrors so viele Hoffnungen gesteckt worden waren?

Diese Frage stellt sich angesichts der nicht enden wollenden Schrecken. Sie spielen sich vor unseren Augen ab, die inzwischen müde geworden sind von den fast täglich gebotenen Bildern dieser Zeit der erbitterten nationalistischen Bewegungen; Bildern von kleinen und grossen Konflikten, von «heiligen» Kriegen, von neuen und wieder erwachten Machtansprüchen. Ethnische Säuberungen und organisierte Vergewaltigungen in Bosnien, ein mit der Machete praktizierter Genozid in Ruanda, durchgeschnittene Kehlen von alten Leuten, Frauen und Kindern in Algerien, eingekerkerte Frauen in Afghanistan und schliesslich ein unterdrücktes Volk, das in den Schulen nicht einmal in der eigenen Sprache unterrichten darf und daher dazu verurteilt ist, langsam die eigene Identität zu verlieren – und dies einmal mehr sozusagen vor unserer Haustür, nämlich im Kosovo.

Müde geworden? In dieser Sache darf man nicht müde werden. Weil es weder Frieden noch Stabilität noch Fortschritt geben kann, solange die Menschenrechte nicht respektiert werden. Nicht von ungefähr hat der Bundesrat die Menschenrechte – neben der Demokratie und dem Rechtsstaat – zu einer der fünf Zielsetzungen der schweizerischen Aussenpolitik erklärt. Lesen Sie in diesem Zusammenhang die Gedanken des Bundespräsidenten auf Seite 9.

Die Förderung dieser Werte gehört zum täglichen Brot der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), deren Aufgabe es ist, die Beschlüsse der Regierung in ihren spezifischen Interventionssektoren umzusetzen. Die Menschenrechte sind somit ein wesentlicher Bestandteil ihrer geografischen und bereichsspezifischen Einsätze sowie ihrer Evaluationen. Unter vielen anderen Informationen, finden Sie auch eine Beschreibung dieser Einsätze und der Schwierigkeiten sowie ein konkretes Beispiel im Dossier, das wir diesem wichtigen Thema haben widmen wollen (Seite 4 bis Seite 13).

Gute Lektüre!

*Marco Cameroni, Chef Medien und Kommunikation DEZA
(Aus dem Italienischen)*

Periskop

Kartoffel ohne Pilz

Um satte 15 Prozent hat die Kraut- und Knollenfäule die weltweite Kartoffelproduktion in den letzten Jahren dezimiert. Allein in den Entwicklungsländern verursacht der Pilz Produktionsausfälle von 2,5 Milliarden Dollar und zusätzliche Kosten für Fungizide von 750 Millionen Dollar jährlich. Zur Zeit sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara am schwersten davon betroffen. Nun haben Wissenschaftler am Internationalen Kartoffelzentrum in der peruanischen Hauptstadt Lima eine neue Generation von geklonten Versuchskartoffeln geerntet, die resistent gegen alle bestehenden Formen der verheerenden Krankheit sein soll. Hat die neue Knolle Erfolg, steigt der Wert der Kartoffelproduktion in vielen afrikanischen Erzeugerländern um bis zu 50 Prozent und führt besonders in Lateinamerika zu erheblichen Rückgängen beim Pestizideinsatz und dadurch zu höheren bäuerlichen Einkommen.

Aus: *Weltbank-Nachrichten* 6/98



Straque / CIRIC



Len Siman Press

Telefonieren in Afrika

Satelliten, Mobilfunk und Glasfasertechnologie bewirken in Afrika eine «Telefon-Revolution». In den letzten Jahren haben neun afrikanische Länder südlich der Sahara ihre staatlichen Telefonfirmen privatisiert. Dadurch explodierte nicht nur das Volumen der Anzahl Telefongespräche, auch die Geschwindigkeit beim Telefonieren nahm beträchtlich zu, und die oft astronomischen Kosten für ein Gespräch in ein Nachbarland oder auf die andere Seite des Globus konnten gesenkt werden. Gleichzeitig sanken die Kosten für einen Telefonanschluss von durchschnittlich 5000 auf 1000 Dollar. Diese Veränderung haben den Staaten fast 2 Milliarden Dollar an Einnahmen und weitere 4 bis 6 Milliarden Dollar an Investitionszusagen für die nächsten fünf bis sieben Jahre gebracht.

Aus: *Weltbank-Nachrichten* 5/98

Gold - gefragter denn je

Seit 1990 hat sich die Nachfrage nach Gold vervierfacht, die Goldproduktion ist um 46 Prozent gestiegen. Rund 85 Prozent der jährlichen Goldkäufe gehen in Schmuck, Münzen und Goldbarren. Lukrativ ist der Goldabbau heute vor allem in Ländern des Südens, wo die Löhne niedrig sind und noch grosse Reserven liegen. So zum Beispiel auf den Philippinen, wo die Regierung zur Tilgung ihrer Schulden den Goldabbau propagiert. Dies zum Leidwesen der indigenen



Mark Edwards / Still Pictures

Bevölkerung, deren Organisationen den Verlust von Land und die Verschmutzung ihrer noch intakten Umwelt befürchten. Denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade bei der Gewinnung nicht alles Gold ist, was glänzt.

Aus: *Südostasien* 1/98

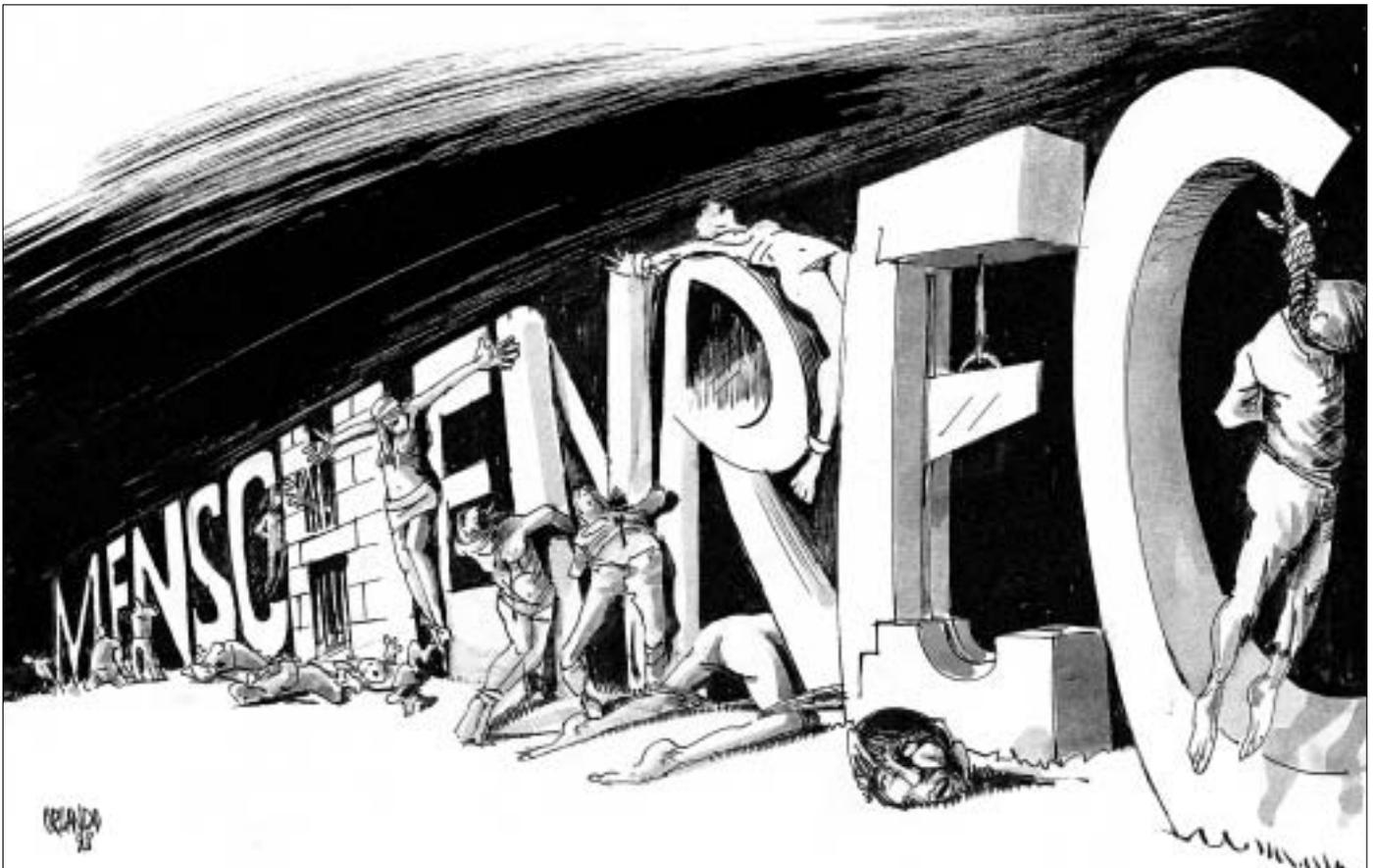
Förderband aus Ananas

Jede Ananas-Pflanze hat zwischen 80 und 100 Blätter - diese wurden bisher als Abfall weggeworfen oder verbrannt. Am Jute Technological Research Laboratory in Calcutta wurde nun eine Maschine entwickelt, welche die oberste Schicht der wachsernen Ananas-Blätter so aufkratzt, dass die wertvollen Blattfasern gewonnen werden können: Mit Hilfe von 16 verschiedenen Bakterien-Kulturen werden die Fasern nach der maschinellen Vorbereitung aufgeweicht und als Juteersatz weiter verwendet. Die langfasrigen Ananasprodukte finden zudem auch in der Herstellung von Vorhängen oder Pneus und Förderbändern Verwendung und gewähren dem Ananas-Bauern so ein willkommenes Zusatzeinkommen.

Aus: *Appropriate Technology* 24/4



Prenzel / Keystone



2
3



Toni Lindner

Weniger Methan beim Reisanbau

Der Reisanbau in Asien ist, nebst der Rindviehhaltung, mit einem Anteil von rund 10 Prozent einer der wichtigsten Faktoren bei der Produktion des Treibhausgases Methan. Dies könnte sich ändern, wenn die Bauern künftig Forschungsergebnisse und Empfehlungen des Internationalen Reisforschungsinstituts IRRI in die Praxis umsetzen: Die Untersuchungen, welche seit 1993 am IRRI durchgeführt worden sind,

zeigen deutliche Unterschiede im Methanausstoß, je nach Saison und Bearbeitungspraxis der jeweiligen Reisfelder. Entsprechend müsste es möglich sein, so die Forscher, mit einer Anpassung der Anbaupraxis den Methanausstoß drastisch zu senken. Entsprechende Regeln werden nun für die Praxis getestet und vorbereitet. *Aus: entwicklung + ländlicher raum 2/98*



Lisace / GfHC

Latex - ein gefragtes Naturprodukt

Fast 100 Jahre nach Erfindung des ersten synthetischen Kautschuks, findet Naturgummi immer noch reissenden Absatz. Bis heute ist es nämlich der Industrie nicht gelungen, den vulkanisierten Naturkautschuk vollständig zu imitieren. Der Anteil an natürlichem Latex an der Gesamtproduktion von Gummi verharrt deshalb seit Jahren konstant bei 35 Prozent. Der weisse Saft des Gummibaums – «Ca-hu-chu» heisst

weiner Baum in der Sprache der Maninas-Indianer – stammt heute zum grössten Teil aus Südostasien. Spitzenreiter mit einer Produktion von 1,8 Millionen Tonnen pro Jahr ist Thailand, dicht gefolgt von Malaysia und Indonesien. Für die Menschen in diesen Ländern ist Kautschuk nicht nur eine wichtige Einnahmequelle, Gummibäume helfen auch im Kampf gegen die Erosion. *Aus: natur 5/98*

Heikler Flirt mit den



DOSSIER

Jerome Delley / Keystone

Wirtschaftswachstum allein genügt nicht, damit es einem Volk gut geht. Soll Entwicklung nachhaltig sein, muss sie von politischen Fortschritten begleitet sein. Davon sind die Geberländer des Nordens heute überzeugt. Sie begnügen sich nicht mehr damit, Brücken zu bauen oder Felder zu bewässern, sie verlangen von ihren Partnern im Süden auch die Respektierung der Menschenrechte. Von Jane-Lise Schneeberger.

Menschenrechten



Das kolumbianische Bauernpaar Maria und Antonio besitzt ein kleines Stück Erde und weigert sich, es an zwei Grossgrundbesitzer zu verkaufen. In deren Sold stehen zwanzig Paramilitärs, die eines Tages den Bauernhof umzingeln. Sie töten Antonio sowie das ältere der beiden Kinder und befehlen Maria, den Hof zu verlassen. Sie zeigt die Täter an, doch die Militärjustiz bleibt untätig. Mit ihren acht übrigen Kindern lebt Maria heute im Elend eines Slums. Da sie kein Geld für den Bus haben, gehen die Kinder nicht mehr zur Schule.

Diese Familie wurde zahlreicher in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebenen Rechte beraubt. Die Aktion der Soldaten verletzt die Rechte auf Leben, Sicherheit und Eigentum. Die Untätigkeit der Justiz verletzt das Recht, von einem unabhängigen Gericht angehört zu werden. Die von ihrem Grund und damit Existenzgrundlage vertriebene Familie verliert auf einen Schlag ihre Rechte auf ein ausreichendes Lebensniveau, auf Wohnung, Nahrung, medizinische Versorgung und Ausbildung.

Die Rechte der einen und die Rechte der anderen

Die Menschenrechtserklärung wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) verkündet und schrieb die Rechte ohne bestimmte Ordnung fest: Die individuellen Rechte, welche die Menschen vor Missbrauch des Staates schützen, und die kollektiven Rechte, welche verlangen, dass sich der Staat für das Wohlergehen der Bevölkerung einsetzt. Die sozialistischen Staaten waren gegen die Erklärung, da diese ihrer Meinung nach zu sehr auf das Individuum ausgerichtet war. Für sie kamen Gesundheit, Erziehung und Arbeit vor Meinungsfreiheit oder dem Recht auf einen Anwalt. 1966 teilte die UNO die Rechte auf. Sie verabschiedete einen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, einen zweiten über die politischen und die Bürgerrechte.

Die Zusammenarbeit war vom ideologischen Zwist des Kalten Krieges geprägt. Die Länder des Südens erhielten Hilfe entweder vom Osten oder vom Westen. Kein westlicher Geber ging das Risiko ein, einem Verbündeten des Südens seine Verletzungen der politischen oder der Bürgerrechte vorzuwerfen. «Wenn man ihn zu stark kritisierte, bestand Gefahr, dass er ins andere Lager wechselte», erklärt Thomas Greminger, Leiter der Sektion Politik und Forschung der DEZA.

Man tat es um so weniger, als der Begriff Entwicklung damals einzig mit Wirtschaftswachstum verbunden war. Wegen der Leistungen von Ländern wie Indonesien, Thailand und Südkorea glaubte man lange, dass Demokratie für eine nachhaltige Entwicklung nicht nötig war. «Die Krise in Asien hat soeben das Gegenteil bewiesen», bemerkt Thomas Greminger.

Seit den 80er-Jahren sind sich die Geberländer bewusst, dass die Bürgerrechte eine Garantie für Stabilität, also für nachhaltige Entwicklung sind. Offen bekräftigten sie dies erst nach dem Fall der Berliner Mauer, als die Menschenrechte teilweise entpolitisiert wurden. «Es nützt nicht viel, Häuser zu bauen oder die Bauern zu unterstützen, wenn der politische Rahmen fehlt», sagt Walter Kälin,



Jenny Matthews/Locket

Die sechs noch zu ratifizierenden Konventionen

Die Menschenrechtserklärung ist nicht bindend. Aber sie ist die Grundlage aller Konventionen, welche die Gesamtheit der Menschenrechte bilden, und welche ihrerseits die bindenden gesetzlichen Instrumente der Staaten sind, die sie ratifiziert haben.

Die wichtigsten sind:

1965 – Konvention über die Abschaffung der Rassendiskriminierung (150 Ratifizierungen)

1966 – Pakt über die politischen und die Bürgerrechte (140 Ratifizierungen)

1966 – Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (137 Ratifizierungen)

1979 – Konvention über die Abschaffung der Diskriminierung der Frauen (161 Ratifizierungen)

1984 – Konvention über die Folter (104 Ratifizierungen)

1989 – Konvention über die Rechte der Kinder (191 Ratifizierungen)



Demick Ouyrac / AFP

Keine Geschlechtsneutralität

Menschenrechte sind auch Frauenrechte. Im Namen der Gleichberechtigung tauchen in der französischsprachigen Welt Ausdrücke auf, die beide Geschlechter berücksichtigen. Die kanadischen Behörden sprechen von Personenrechten. Amnesty International findet, dass sich die Sprache gerade in diesem Bereich nicht auf ein Geschlecht beschränken darf, und empfiehlt deshalb drei nicht geschlechtsbezogene Varianten: «droits de la personne humaine», «droits humains» und «droits de l'être humain». Andere ziehen «droits de l'individu» vor. Die UNO bleibt bei «droits de l'homme» und die Bundesbehörden halten sich an die Terminologie der Vereinten Nationen.

Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Bern. «Im Falle eines Bürgerkriegs werden die Häuser zerstört. Und die unterstützten Bauern gelten in einem diktatorischen Regime möglicherweise als Gegner.»

Unteilbar und universell

1993 hat die Weltkonferenz in Wien erneut den universellen und unteilbaren Charakter der Menschenrechte bekräftigt. Im Klartext: Sie gelten für alle Länder, und die beiden Kategorien hängen gegenseitig voneinander ab.

Ein ungenügendes Entwicklungsniveau darf nicht als Rechtfertigung für eine Beschränkung der politischen und der Bürgerrechte herhalten. «Armut entschuldigt weder Folter noch Staatsterrorismus», fasst Professor Thomas Fleiner, Direktor des Instituts für Föderalismus in Freiburg, zusammen.

Mohamed-Salah Dembri, algerischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, nuanciert allerdings die Ansicht der Unteilbarkeit: «Was nützt es, einer hungernden und analphabetischen Bevölkerung die Vorteile des allgemeinen Wahlrechts nahe zu bringen? Zuerst müssen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte erfüllt sein, und das zieht unweigerlich die Entwicklung der politischen

Menschenrechte

und der Bürgerrechte nach sich.»

Seit 1989 setzen die Entwicklungsorganisationen auf Mittel zur Förderung der Menschenrechte. Laut einer vom Entwicklungszentrum der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführten Untersuchung wenden die meisten diese Politik an. Wenn sie es mit einer sturen Regierung zu tun haben, arbeiten sie mit der Zivilbevölkerung zusammen, indem sie die verletzlichen oder benachteiligten Kategorien unterstützen (Arme, Kinder, Frauen, Minderheiten, Urbevölkerung oder Behinderte). Jacqueline Damon von der Hauptverwaltung der OECD betont, dass die Resultate dieser Politik oft enttäuschend sind, und die Bewertung über sehr lange Zeit erfolgen muss. Andererseits sind Nichtregierungs-Organisationen (NGOs), welche auf Finanzierung von aussen zählen, in den Augen der Behörden manchmal verdächtig.

Zeigt sich eine Regierung offen, können die Geberländer zu einer Reform der Institutionen beitragen, die für Verletzungen verantwortlich sind: Justizapparat, Armee, Polizei und Strafsystem. Das Personal muss ausgebildet und die Institutionen müssen restrukturiert werden. Es können Sensibilisierungskampagnen, Kampagnen für die Auf-



Davy / Vu

6

7

klärung über das Staatsbürgertum, eine Gesetzesreform oder die Organisation von Wahlen unterstützt werden.

Die Projekte zur Stärkung der Institutionen kosten für alle OECD-Mitgliedstaaten zusammen durchschnittlich 150 Millionen Dollar pro Jahr. Diese Zahl stützt sich auf unvollständige Angaben, denn einige Länder geben keine genauen Zahlen an. Verglichen mit den 47,8 Milliarden Dollar, die diese Länder 1997 für die öffentliche Entwicklungshilfe ausgegeben haben, ist dies sehr bescheiden.

«Die Stärkung der Institutionen erfordert langfristige Investitionen. Die öffentlichen Hilfsorganisationen ziehen aber oft Aktionen vor, die rasch sichtbare Resultate bringen», meint Yolande Diallo vom UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte. Auf Verlangen der Regierungen gewährt das Hochkommissariat auch Hilfe dieser Art. Die Aufwendungen zur Finanzierung von 67 Projekten dürften 1998 bei 18 Millionen Dollar liegen.

Zuckerbrot und Peitsche

Eine weitere Methode, um Widerspenstige der Demokratie zuzuführen: Die «Konditionalität». Erfüllt ein Empfängerland bestimmte Bedingungen nicht, kann die Hilfe ausgesetzt oder reduziert wer-

den. Die Geber sind sich aber bewusst, dass diese Sanktionen die Ärmsten am stärksten treffen, und wenden sie nur bei sehr schweren Verletzungen an, und wenn es nicht möglich ist, mit nichtstaatlichen Institutionen zusammen zu arbeiten.

Nach Ansicht von Thomas Fleiner muss die Konditionalität konsequent angewendet werden: «Werden Ausnahmen gemacht, ist man nicht mehr glaubwürdig. Dies ist bei den USA der Fall, die gegenüber China sehr tolerant sind, nicht jedoch gegenüber Libyen, Irak, Serbien oder Iran.»

Die meisten Geberländer ziehen den politischen Dialog vor. Das heisst Überzeugungsarbeit auf höchster Ebene. Es finden regelmässige Kontakte mit den Partnerländern statt, um Projekte zu beurteilen, welche die Respektierung der Menschenrechte verbessern können.

(Aus dem Französischen)



Kadir van Lohuizen / Vu

Zoom auf Kasernen und Kommissariate

Die Förderung der Menschenrechte ist eines der fünf Ziele der Schweizer Aussenpolitik in den 90-er Jahren. Im Bereich Entwicklung bedeutet dies das Ende der rein technischen Zusammenarbeit und das Erlernen neuer Formen von Unterstützung in politisch heiklen Bereichen.

(jls) Offiziell engagiert sich die DEZA erst seit fünf Jahren für die Menschenrechte. Die damit verbundenen Fragen sind nach wie vor aktuell. Muss die Hilfe mit der Menschenrechtslage eines Landes verknüpft werden? Oder in solcher Art neu ausgerichtet werden, dass sie nur noch von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) erbracht wird? Ist es angebracht, sie mit einem politischen Dialog zu begleiten?

Für Botschafter Urs Ziswiler, Chef der politischen Abteilung IV des EDA, muss Hilfe die Respektierung der Menschenrechte berücksichtigen und politisch begleitet werden. «Wir müssen die Lage regelmässig beurteilen und gestützt darauf eventuelle Massnahmen beschliessen. Diese können im schlimmsten Fall bis zur Suspendierung der Zusammenarbeit reichen. Das hat die Schweiz 1980 mit Bolivien getan.»

Kurswechsel in Richtung NGOs

Die DEZA hält sich in dieser Hinsicht jedoch sehr zurück. «Wenn die Verletzungen auf die Schwäche von Institutionen zurückgehen», bemerkt Thomas Greminger «ist es unnütz, die Hilfe auszusetzen. Wir wollen den Akzent auf positive Massnahmen und auf den Dialog setzen.» Und die Konditionalität wird nur in den seltenen Fällen angewandt, da eine Regierung einen klaren Mangel an politischem Willen bezeugt.

Da es kein Patentrezept gibt, passt die DEZA ihre Strategie den jeweiligen Ländern an. In Russland unterstützt sie zum Beispiel über die Vereinigung Liberty Road 23 NGOs, die im Bereich Menschenrechte aktiv sind. So die Organisation «Memorial», die historische Recherchen über die politische Repression in der ehemaligen Sowjetunion anstellt, sowie das Zentrum für Menschenrechte, das den Opfern von Gesetzesverletzungen beisteht. Das Komitee der Soldatenmütter kümmert sich um die Militärangehörigen, deren Rechte in der Armee massiv verletzt werden. Es führt zahlreiche Inspektionen in den Kasernen durch.

Eine weitere NGO befasst sich mit dem Tod von Soldaten in Friedenszeiten – um diese Opfer kümmert man sich am wenigsten – oder mit Menschenrechtsverletzungen. Die Schweiz beteiligt sich auch zusammen mit Regierungen, die die Situation verbessern wollen, an der Stärkung der Staatsinstitutionen. In Mosambik unterstützt sie eine Polizeireform, die 1996 von Präsident Joaquim Chissano eingeleitet wurde. Dieser hat einen neuen Innenminister ernannt und das Kommando der Polizei überarbeitet. Die neuen Behörden haben für die Durchführung eines Reformprogramms die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angefordert. Die Ordnungskräfte, welche verantwortlich sind für willkürliche Gewaltanwendung und Verhaftungen oder aussergerichtliche Hinrich-



Kahana / AFP



Ugarte / AFP



Senna / AFP

tungen, müssen die nötige Ausbildung erhalten, um die Menschenrechte einzuhalten. Die Kader werden dreijährige Universitätslehrgänge besuchen, für 3500 Subalterne ist eine kürzere Ausbildung vorgesehen. In Pakistan finanziert die DEZA ein Programm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), deren Ziel es ist, die missbräuchliche Kinderarbeit durch die Suche nach gangbaren Alternativen für die Kinder und ihre Familien schrittweise zu reduzieren. Sie unterstützt auch ein Strassentheater, das die Menschenrechte erklärt, eine Vereinigung von Anwälten, die sich um inhaftierte Frauen und Kinder kümmern, sowie ein UNICEF-Projekt gegen die Diskriminierung von Frauen und Mädchen.

Dialog über die Menschenrechte

Nach den im letzten Mai von Indien und Pakistan durchgeführten Atomversuchen wurden die Modalitäten für die Zusammenarbeit überarbeitet. Für diese beiden Länder werden bis Ende 1999 4,5 Millionen Franken weniger ausgegeben. Die Schweiz verzichtet auf Infrastrukturprojekte wie Bewässerung, welche mit den Zentralregierungen zusammen durchgeführt wurden. Von nun an wird sie ihre Hilfe auf die Bekämpfung der Armut, auf Dezentralisierung, Menschenrechte und die Stärkung der Zivilgesellschaft konzentrieren.

Nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte bedingen sich gegenseitig

Es ist in den letzten Jahren, ja angesichts der Asienkrise gar in den letzten Monaten, immer offensichtlicher geworden, wie eng die Beziehung zwischen einem offenen und demokratischen Regierungssystem, der Respektierung der Menschenrechte und der Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Die internationale Entwicklungspolitik geht heute zurecht davon aus, dass sich wirtschaftlicher und politischer Fortschritt gegenseitig bedingen.

Die schweizerische Aussen- und Entwicklungspolitik hat diesen Zusammenhang bereits im Aussenpolitischen Bericht und im Leitbild Nord-Süd des Bundesrates erkannt und neue Ansätze entwickelt, um mit den Mitteln der Diplomatie und der internationalen Zusammenarbeit zur besseren Achtung der Menschenrechte beizutragen. Dabei gilt es insbesondere die Synergien geschickt zu nutzen, welche der Einsatz verschiedener Instrumente wie des Menschenrechtsdialogs und der Entwicklungszusammenarbeit bietet.

Die politische Abteilung IV ihrerseits, die sich mit Menschenrechten und humanitärer Politik befasst, hat mit vier Ländern (Vietnam, China, Marokko und Pakistan) den bilateralen politischen Dialog über die Menschenrechte aufgenommen. Die Schweizer Diplomaten und ihre Partner identifizieren zunächst die Probleme auf politischer Ebene. Dann bestimmen die Gesprächspartner in enger Zusammenarbeit mit der DEZA, welche Projekte die Situation verbessern könnten.

Die erste Schwierigkeit besteht darin, ein Land zu finden, das mit dem Dialog einverstanden ist. «Einige befürchten, dass man ihnen Lektionen erteilen will. Genau das will die Schweiz aber vermeiden. Ihr Vorgehen ist auf Partnerschaft aufgebaut», erklärt Urs Ziswiler. «Wir müssen zunächst diese Regierungen davon überzeugen, dass die Menschenrechte, die ursprünglich vom Westen kamen, auch für sie wichtig sind. Ob Schweizer, Chinesen oder Rwander – die misshandelten Gefangenen leiden alle gleich viel.»

(Aus dem Französischen)

Diesem Geist entsprechen auch die kürzlich publizierten Leitlinien unter dem Titel «Förderung der Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit». Sie zeigen eindrücklich auf, welche wichtige Rolle der internationalen Zusammenarbeit in der Menschenrechtsförderung zukommt, sei dies im Bereich der Sensibilisierung von Bevölkerung und Entscheidungsträgern oder beim Aufbau notwendiger Fähigkeiten und Institutionen. Die Grundsätze bleiben aber nicht nur auf Papier, sondern werden auch umgesetzt: Bereits mehr als ein halbes Dutzend Partnerländer der schweizerischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit verfügen über einen Programmschwerpunkt zur Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, in verschiedenen Fällen gekoppelt mit einem Menschenrechtsdialog der Politischen Direktion.

Bundespräsident Flavio Cotti

Beobachterpool

Ab 1999 wird die Schweiz rund 50 Menschenrechts-Beobachter und -Beobachterinnen ausbilden, die internationalen Organisationen wie der UNO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Verfügung stehen werden. Diese Experten gehören dem Schweizerischen Katastrophenhilfekorps an und werden kurzfristig für Missionen von durchschnittlich drei Monaten Dauer eingesetzt. Sie müssen Berichte über Menschenrechtsverletzungen erstellen und dem nationalen Justizsystem oder der Zivilgesellschaft Unterstützung anbieten. Sie können als Ombudsmann gegen Behörden eingesetzt werden oder die Rückkehr von Flüchtlingen erleichtern. Der Pool selbst wird aus Schweizerinnen und Schweizern bestehen, aber die Ausbildungslehrgänge werden auch Staatsangehörigen aus Ländern des Südens und des Ostens offen stehen.

Sondergesandte

Drei Schweizer Persönlichkeiten wurden der internationalen Gemeinschaft für Missionen im Zusammenhang mit der Förderung der Menschenrechte zur Verfügung gestellt:

Gret Haller

ist Vermittlerin für Menschenrechte in Bosnien. Ihr Mandat wird voraussichtlich im Jahr 2000 auslaufen.

Gérard Stoudmann

leitet das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in Warschau. Er hat im März 1997 ein drei Jahre dauerndes Mandat erhalten.

Tim Guldimmann ist seit Oktober 1997 verantwortlich für die OSZE-Mission in Kroatien.



Fig. Hopkins / Vu

«Die Bilanz hinterlässt gemischte Gefühle»

Menschenrechte



Nachdem sie als erste Frau das Präsidentenamt Irlands bekleidete, ist Mary Robinson seit verganginem Jahr Hochkommissarin für die Menschenrechte bei der UNO. Die 54-jährige Mutter von drei Kindern ist bekannt für ihr Engagement und ihre Durchsetzungskraft.

Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wird seit geraumer Zeit nicht mehr allein an der Zunahme wirtschaftlicher Indikatoren des Partnerlandes gemessen. Die Respektierung der Menschenrechte ist ein Aspekt, dem die internationale Gemeinschaft – und vor allem auch die DEZA – grosse Aufmerksamkeit schenkt. Kann die Entwicklungszusammenarbeit jedoch von der Respektierung der Grundrechte abhängig gemacht werden? Mary Robinson, Leiterin des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte, gibt Antworten. Interview: Marco Gehring.

«Eine Welt»: Heute sind auch die Menschenrechte fester Bestandteil der Entwicklungspolitik der staatlichen Hilfsorganisationen. Welche Auswirkungen erwarten Sie sich davon?

Mary Robinson: Diese Hilfsorganisationen sind im Allgemeinen ein Spiegelbild der jeweiligen Regierung, die sie eingerichtet haben. Sobald eine Mehrheit der Regierungen der Geberländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Ansicht vertritt, dass die Achtung der Menschenrechte für die Stabilität und das Wohlergehen der Nehmerländer von Ausschlag gebender Bedeutung ist, liegt es auf der Hand, dass die international tätigen Hilfsorganisationen diesen Aspekt in ihre Arbeit miteinbeziehen.

Da sich die Globalisierung auf sämtliche internationalen Beziehungen auswirkt, wäre es wünschbar, dass diese Organisationen, die teilweise über ungeheure Mittel verfügen, nicht nur die Achtung der Menschenrechte in ihre Politik aufnehmen. Auch sollten sie ihre Aktionen untereinander koordinieren, um Überschneidungen in der Hilfeleistung zu

vermeiden, die nur zur Verschwendung spärlicher Mittel führen würden. Die skandinavischen Länder und die Europäische Union sind in diesem Zusammenhang Beispiele von Staatengemeinschaften, die sich auf dem richtigen Weg befinden.

Was können diese staatlichen Stellen zur Modernisierung des öffentlichen Lebens auf internationaler Ebene beitragen?

Diese Organisationen haben seit jeher auf die Stärkung der Menschenrechte hin gearbeitet, auch wenn das im üblichen Sprachgebrauch zu wenig zum Ausdruck kam. Ich kann die Arbeit dieser Stellen, die auf nationaler Ebene oft mit lächerlich wenigen Mitteln einen wesentlichen Beitrag leisten, nur unterstützen. Das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte könnte, in seiner Funktion als weltweiter Koordinator, einen nützlichen Beitrag zur Festlegung der prioritären Zielbereiche der Entwicklungszusammenarbeit leisten und die Transparenz und Neutralität dieser Massnahmen garantieren.



Re: Hopkins / Wu

Muss die Entwicklungshilfe von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation abhängig gemacht werden? Besteht nicht das Risiko, dass entsprechende Sanktionen wie die Verweigerung von Hilfe gegenüber Ländern, die die Menschenrechte missachten, einzig und allein die Bevölkerung treffen?

Entwicklungshilfe kann als Anreiz für Regierungen, die die Menschenrechte fördern möchten, gesehen werden. Es wird also wärmstens empfohlen, dass die Entwicklungshilfe dort, wo sie erbracht wird, zu einer Stärkung der Menschenrechte führt, ohne dass daraus eine Bedingung gemacht wird. In einer solchen Situation bedarf es einer Einigung zwischen den beteiligten Parteien über die Aufteilung der Mittel unter den verschiedenen Programmbestandteilen.

Es bestehen zwei Möglichkeiten, die Situation der Menschenrechte zu verbessern. Auf der einen Seite gibt es Fördermassnahmen, die im Wesentlichen in Form von technischer Zusammenarbeit und Beratungsdienstleistungen getroffen werden. Diese Massnahmen sind in erster Linie präventiver Art. Auf der anderen Seite bieten sich sogenannte Schutzmassnahmen an, die sich aus der Tätigkeit der Regierung ergeben. Sanktionen sollten nur bei erwiesener Verletzung der Menschenrechte als letztmögliches Druckmittel eingesetzt werden.

Wann ist der Zeitpunkt für Sanktionen gegeben, und wer soll sie ausführen?

Im gegenwärtigen Jahrzehnt sind Sanktionen als Reaktion auf Verletzungen des Völkerrechtes ergriffen worden, wobei schwere und wiederholte Verletzungen der Menschenrechte zu Grunde lagen. Die Bilanz hinterlässt jedoch gemischte Gefühle. Die Verabschiedung von Sanktionen durch die Vereinten Nationen ist oft nur zögerlich als Reaktion auf einen Völkermord oder einen Akt der Aggression zustande gekommen. Irak ist das jüngste Beispiel für ein Land, gegenüber dem die UNO einstimmig Sanktionen ergriff. Ihre Auswirkungen auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen (Frauen, Kinder, Mittellose, Betagte) waren dermassen schwerwie-

gend, dass die Angemessenheit der Fortführung dieser Sanktionspolitik zuerst durch den beauftragten Unterausschuss und dann durch die verantwortliche Kommission in Frage gestellt wurden. Zur völligen Aufhebung der Sanktionen mangelt es heute an jenem Konsens, der herrschte, als die Sanktionen verabschiedet wurden. Es gibt momentan leider kein Verfahren, mit dem sicher gestellt werden könnte, dass sich die internationalen Sanktionen direkt auf die betreffenden Regierungen auswirken würden.

Welches sind – abgesehen von der glatten Weigerung gewisser Regierungen – die Hindernisse, Menschenrechte über die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern?

Wenn die Verknüpfung der Entwicklungshilfe mit der Achtung der Menschenrechte seitens gewisser Regierungen manchmal zu einem Zögern oder gar zu Widerstand führen kann, ist die Wahrscheinlichkeit doch gering, dass die Förderung der Menschenrechte über die Entwicklungszusammenarbeit rundweg abgelehnt wird.

Die Hindernisse sind unterschiedlich und hängen von der jeweiligen Lage in den Nehmerländern ab. Einerseits äussern die Regierungen der Nehmerländer häufig Bedenken, dass ein wesentlicher Anteil der Beihilfen zur Entwicklung entzogen und eher sozialen und politischen als wirtschaftlichen Zwecken zugeführt werden könnte. Andererseits verbleiben immer Zweifel, inwiefern die Geber ihre Leistungen tatsächlich mit der Verbesserung der Situation der Menschenrechte verknüpfen können, selbst wenn das Nehmerland die Zusicherung erhalten hat, dass das vereinbarte Beihilfenpaket einzig und allein der Entwicklung im herkömmlichen Sinn dienen soll.

(Aus dem Französischen)

10
11

Mobile Anwälte

Lange galten die Mängel des bolivianischen Justizwesens als unlösbar. Die Gerichte arbeiteten schon immer langsam, die Verfahren sind kostspielig und kompliziert, die Rechtsprechung wird durch Korruption und politische Einflüsse verzerrt. Am meisten leiden darunter die unteren Volksschichten. Um ihnen einen gerechten Zugang zu Justiz und Strafvollzug zu eröffnen, sind mobile Anwaltsequipen unterwegs, unterstützt von der DEZA. Von Romeo Rey*.



Toni Linder

«Hüte dich vor der chilenischen Frau, dem peruanischen Freund und der bolivianischen Justiz!» Ein Ratschlag, den Fremde bisweilen von den Einheimischen erhalten, wenn sie nach Bolivien kommen.

«Wenn Sie früher verhaftet wurden, konnte Sie die Polizei monatelang in der Zelle festhalten. Vielleicht aber auch nur einen Tag», berichtet Katia Saucedo, frühere Subsekretärin für Menschenrechtspolitik des Justizministeriums in La Paz. «Es kam eben ganz drauf an, wie gut gelaunt der zuständige Offizier gerade war. Wer das nötige Kleingeld nicht greifbar hatte, musste halt Schulden machen oder sein Haus verkaufen, um einen Anwalt zu bestellen und aus der Haft entlassen zu werden.»

Mittellose, vor allem aber die Eingeborenen, die in Bolivien Mehrheit sind, waren dem Justizapparat bis anhin wehrlos ausgeliefert. Neben Geldmangel wurde ihnen auch die totale Unkenntnis und Orientierungslosigkeit zum Verhängnis. Zwar mussten alle neu ausgebildeten Anwälte nach Studienabschluss ein Pflichtjahr absolvieren und sich dabei in der Theorie um Straffälle aus den unteren Volksschichten kümmern. Doch die jungen Juristen verdienten nichts dabei und drückten sich, wann immer sie konnten.

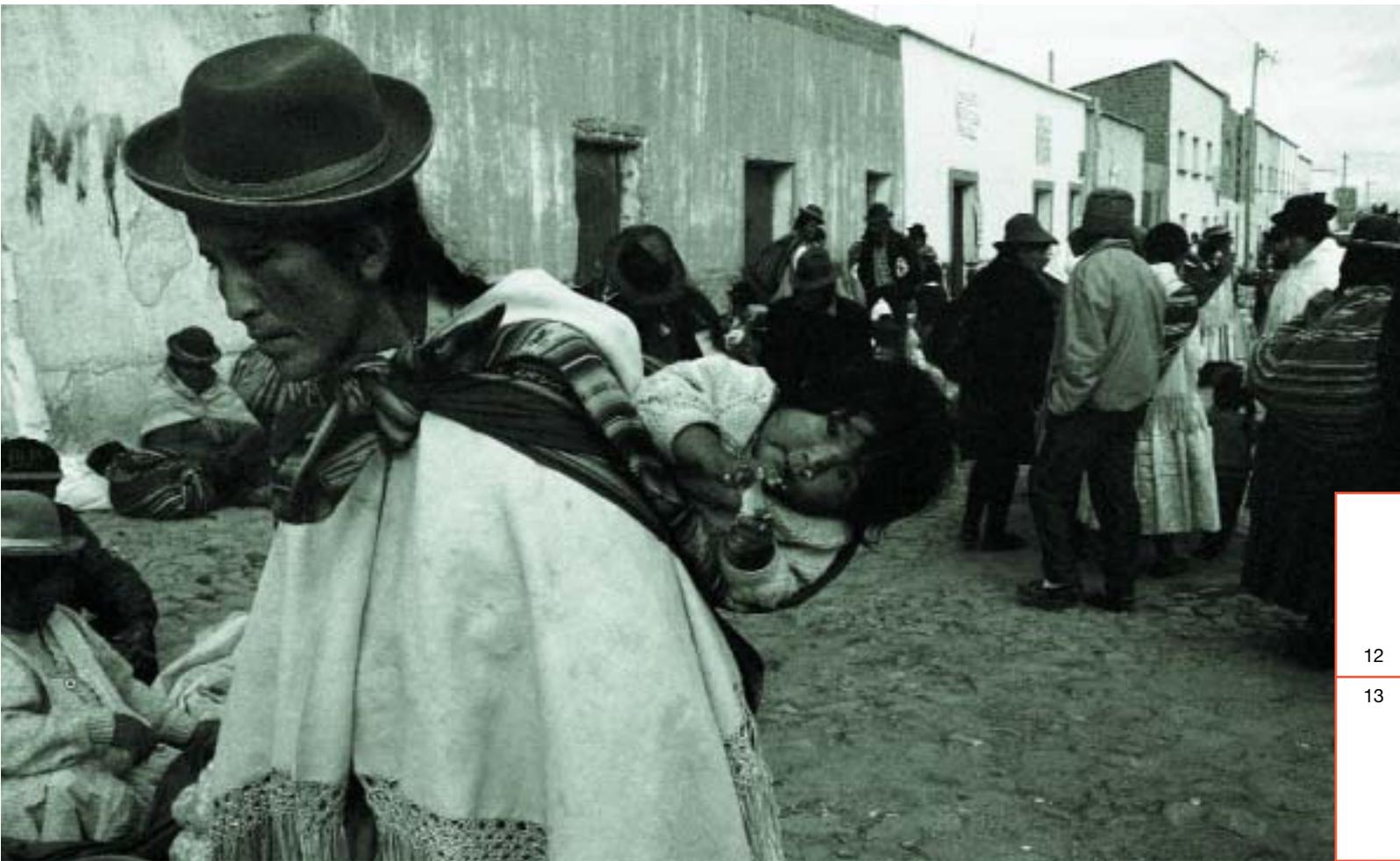
1996 wurden in dem 7-Millionen-Staat aufgrund eines Abkommens zwischen den Regierungen Boliviens und der Schweiz mobile Anwaltsequipen geschaffen, die der minderbemittelten Bevölkerung seither kostenlos Rechtsbeistand gewähren. CO-SUDE, wie die DEZA im lateinamerikanischen Sprachraum heisst, unterstützt diese Teams finanziell und als beratende Kraft.

Gemeinsames Ziel: Stärkung des Rechtsstaates

Vorderhand zirkulieren die mobilen Equipen in den Departementen La Paz, Cochabamba, Chuquisaca und Potosí. Ihr Ziel: Allen Volksschichten gleichermassen Zugang zu Justiz und einem gerechten Strafvollzug eröffnen. Die Initiative erfolgte im Rahmen breit angelegter und langfristig konzipierter Reformen im bolivianischen Justizwesen. Die bisherigen Schritte in diesem Prozess beinhalten neben den mobilen Anwaltsequipen auch die Aufhebung von Haftstrafen für Schulden, Vereinfachung der Prozeduren, Einführung von Schlichtungsinstanzen zur Lösung von Streitigkeiten, bevor sie zu Gerichtsällen werden, und die Schaffung einer Parlamentskommission zur Überwachung der Menschenrechte. Bemerkenswert ist dabei, dass das Reformprogramm – entgegen früherer Gepflogenheiten in Bolivien – durch mehrere verfassungsmässige Regierungswechsel nicht unterbrochen wurde.

Seit 1985 bemühen sich führende lokale Politiker mit der Kooperation verschiedener Industriestaaten, die institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen ihrer Republik den aktuellen und künftigen Anforderungen anzupassen. Gemeinsamer Nenner dieser Reformschritte ist die Stärkung des Rechtsstaates. Eines der Kernelemente ist dabei die Demokratisierung der Justiz. Den öffentlichen Strafverteidigern der mobilen Anwaltsequipen fällt bei der Modernisierung der Rechtsprechung eine wichtige Aufgabe zu. «Wir haben 50 Personen, davon mehr als die Hälfte Frauen, auf diese Mission vorbereitet», erklärt die Juristin Saucedo. Sie alle un-

für die Ärmsten



Toni Linder

12

13

tersuchen die Hilfsgesuche mittelloser, inhaftierter Leute und unternehmen alle rechtlichen und administrativen Schritte, um die gerechteste Lösung zu finden. Insbesondere sollen sie verhindern, dass Justiz oder Polizei Massnahmen ergreifen, die den Menschenrechten zuwider laufen.

Seminare für Richter, Militärs und Polizisten

In den letzten zwei Jahren fanden Dutzende von Seminaren statt, an denen Richter, Polizisten, Militärs, aber auch Vertreter von Volksorganisationen über Sinn und Zweck der mobilen Anwaltséquipen aufgeklärt wurden. Über 200 Freiwillige, mehrheitlich Studenten der Universidad Católica Boliviana, meldeten sich bei der Nichtregierungsorganisation «Capacitación y Derechos Ciudadanos», um den öffentlichen Strafverteidigern als Hilfskräfte beizustehen.

«Die Anwälte und Freiwilligen lassen uns neue Hoffnung schöpfen», atmet Libardo Rendón im Panóptico-Gefängnis von La Paz auf. «Endlich

macht uns jemand darauf aufmerksam, dass wir Rechte haben, obwohl wir in Haft sind. Die meisten von uns sitzen seit Jahren hinter Gittern, weil unsere Anwälte nichts tun.» Auch José Aramayo, Insasse derselben Strafanstalt, fasst neuen Mut: «Wir dösten hier immer nur resigniert vor uns hin, weil wir von der Nutzlosigkeit der Gesetze überzeugt waren. Und weil die Korruption jeden Ausweg versperrt hatte.»

Seit Mai 1996 haben die mobilen Teams rund 5000 Fälle übernommen und etwa die Hälfte mit Haftentlassung lösen können. Die überwiegende Mehrheit der Begünstigten lebt auf dem Land. Zum erstenmal seit Jahrhunderten mögen Boliviens Eingeborene und Campesinos den Eindruck haben, dass die Justiz nicht eine ausschliessliche Domäne der weissen Oberschicht ist.

**Der Schweizer Romeo Rey ist seit 1974 Südamerika-Korrespondent der Frankfurter Rundschau*

Landminen und Langusten

Langsam erholt sich Mosambik von Jahrzehnten des Bürgerkriegs. Regierung und ehemalige Rebellen haben eine fragile Form des friedlichen Zusammenlebens gefunden, die rapide wirtschaftliche Verbesserungen zulässt. Doch die meisten Menschen profitieren nicht vom Boom. Sie leben weiter in absoluter Armut. Von Hans Brandt*.

Eine Stadt voller Lebenslust und Aufbruchstimmung: frische Meeresfrüchte im Strassencafe, heisser Latino-Jazz im Nachtclub, faule Sonnenstunden am Strand, dazu hektisches Geschäftstreiben und blühender Handel. Maputo, die Hauptstadt von Mosambik, erinnert an seine frühere Inkarnation als Lourenco Marques, die legendäre Urlaubsmetropole am Meer. Fast könnte man vergessen, dass zwischen dem «L.M.» der portugiesischen Kolonie und dem Maputo von heute 30 Jahre Bürgerkrieg liegen – wären da nicht die verkrüppelten, bettelnden Kinder vor jedem Restaurant, die schlammigen Slums rund um die Metropole, die von Schlaglöchern zerfurchten Strassen, die Schiessereien in der Nacht. Mosambik ist eine der wenigen Erfolgsmeldungen der jüngeren Geschichte Afrikas. Das Land an der südöstlichen Küste Afrikas hat mit den ersten freien Wahlen 1994 eine politische Stabilität gefunden, die lange Jahre undenkbar gewesen war. Inzwischen macht Mosambik erstaunliche Fortschritte. Es ist nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren, das ärmste Land der Welt. Die Wirtschaft ist 1997 um acht Prozent gewachsen. Die Währung ist endlich stabil, die Inflation auf ein erträgliches Niveau gedrückt. Investitionen aus dem Ausland in Milliardenhöhe fliessen in Bergbau- und Infrastrukturprojekte.

Häuptlinge und lokale Potentaten

Doch ausserhalb Maputos wird deutlich, dass die Jahrzehnte der Zerstörung längst nicht überwunden sind. Mehr als 70 Prozent der 18 Millionen Menschen leben auf dem Land in absoluter Armut. Strassen sind kaum befahrbar. Schulen und Kliniken liegen oft Dutzende von Kilometern entfernt. Es herrscht Mangel an Wasser und Saat-

gut. Selbst auf kleinsten Feldwegen lauert die Gefahr von Tretminen, die während des Krieges die Landbevölkerung terrorisierten und dies bis heute noch tun.

Die Regierung von Präsident Joaquim Chissano, die einigermaßen geregelten politischen Verhältnisse im Parlament, Wachstumsraten und Haushaltsdebatten spielen im Leben der übergrossen Mehrheit der Mosambikaner kaum eine Rolle.

Maputo ist weit entfernt. In entlegenen Dörfern herrschen Häuptlinge und lokale Potentaten, deren Einfluss sich auf Tradition oder die Kontrolle knapper Ressourcen gründet. Selbst die portugiesischen Kolonialherren hatten Mosambik, das sich fast 2500 Kilometer entlang der Küste erstreckt, nie wirklich in der Hand.

Maputo liegt im äussersten Süden. Eine Überlandfahrt in die zweitgrösste Stadt Beira ist zwar möglich, aber beschwerlich. Noch schwieriger ist es, nordwärts bis zum nächsten wichtigen Hafen Nacala zu kommen. Flugverbindungen sind unzuverlässig, die Telekommunikation mangelhaft. Hinzu kommen ethnische Spannungen unter Menschen, die nicht einmal die gleiche Sprache reden: Nur etwa ein Fünftel der Mosambikaner spricht die offizielle Landessprache Portugiesisch.

Oft wichtiger als die Beziehung zur Hauptstadt sind für alle Regionen die Kontakte zum jeweiligen Nachbarland. Für das Binnenland Simbabwe ist Beira der wichtigste Hafen, die Bahn-, Strassen- und Pipelineverbindung des sogenannten «Beira Korridors» eine entscheidende Lebensader. Nacala soll für Malawi bald dieselbe Schlüsselfunktion erfüllen. Doch der bei weitem wichtigste Nachbar ist Südafrika. Seit Jahrzehnten bestimmt es die Geschichte Mosambiks entscheidend mit.

Die kürzliche Heirat zwischen Nelson Mandela



14

15





Circ



Zahlen und Fakten

Fläche

799 380 km²

Küste

2470 km

Bevölkerung

18 Millionen

Bevölkerungswachstum

1990-95

4,2 % pro Jahr

Wirtschaftswachstum (1997)

8,0 %

Lebenserwartung

47 Jahre

Kindersterblichkeit

14,6 %

Analphabetismus

70 %

Einkommen pro Kopf

1997: 150 Dollar

1994: 80 Dollar

Anteil der Landwirtschaft

am BIP

33 %

Erwerbstätigkeit in der

Landwirtschaft

80 %

Schulden

5,6 Milliarden Dollar

Wichtigste Exportprodukte

Garnelen, Cashewnüsse,

Baumwolle

und Graca Machel, der Witwe des ersten mosambikanischen Präsidenten Samora Machel, symbolisiert die sehr enge Beziehung der beiden Länder. Dem war nicht immer so. Als die linke FRELIMO (Mosambikanische Befreiungsfront) 1975 an die Macht kam, fühlte sich die weisse Minderheitsregierung in Pretoria bedroht, sammelte Unzufriedene in der künstlich geschaffenen Rebellenorganisation RENAMO (Nationaler Widerstand Mosambiks), bildete deren Soldaten aus und belieferte sie mit Waffen. Der Bürgerkrieg war äusserst grausam, die RENAMO oft kaum mehr als eine Terrororganisation. Zehntausende flüchteten in Nachbarländer. Erst die Wende zur Demokratie in Südafrika 1990 brachte ein Ende des Krieges. Heute dominiert zwar die FRELIMO das Parlament, doch die Ex-Rebellen von RENAMO sind zur ernst zu nehmenden politischen Opposition avanciert.

Wie fragil das politische System dennoch ist, zeigten die ersten Kommunalwahlen Ende Juni. RENAMO boykottierte die Abstimmung nach Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung. Am Wahltag selbst herrschte Chaos. Weniger als 15 Prozent der Berechtigten gaben eine Stimme ab. Die Regierungspartei trug überall den Sieg davon.

Hoffnungsträger Tourismus

Viel hoffnungsvoller ist die wirtschaftliche Entwicklung. Die Regierung von Nelson Mandela setzt auf regionale Integration im Rahmen der «Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas» (SADC). Der Hafen von Maputo wird ausgebaut. Er soll wieder, wie zu Kolonialzeiten, der wichtigste Umschlagplatz für die Industrieregion um Johannesburg werden. Südafrika investiert Milliarden in den «Maputo Korridor», der mit breiten Autobahnen und einer modernen Bahnstrecke die Transportzeit an die Küste verkürzt wird. Für die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Beratergruppe der Geberländer gilt Mosambik heute als Musterland. So wird Mosambik wohl im kommenden Jahr von der Entschuldungsinitiative des IWF für arme Länder profitieren. Ein grosser Teil der Auslandsschulden von 5,6 Milliarden Dollar soll erlassen werden. Das könnte der Entwicklung einen neuen Schub geben. Die Landwirtschaft ist der grösste

Wirtschaftszweig, doch liegen riesige fruchtbare Gebiete noch brach. Auch im Bergbau ist das Potential beachtlich. Vor der Küste Mosambiks gibt es kommerziell nutzbare Erdgasfelder und wahrscheinlich auch Öl.

Das grösste Wachstum und vor allem die meisten Arbeitsplätze in entlegenen Landesteilen soll jedoch der Tourismus schaffen. Ein US-amerikanischer Milliardär hat sich die Nutzungsrechte für 200 000 Hektar Naturschutzgebiet südlich von Maputo gesichert. Noch kühner sind die Pläne der mosambikanischen, südafrikanischen und simbabwischen Regierungen, die Südafrikas weltbekannten Krüger-Nationalpark nach Mosambik und Simbabwe ausdehnen wollen. So würde über internationale Grenzen hinweg ein mehr als 95 000 Quadratkilometer grosser Park entstehen, in dem das Wild Wanderbewegungen wieder aufnehmen könnte, die die Zäune der Farmer seit Jahrzehnten unmöglich machen. Und die Bevölkerung in diesen kaum erschlossenen Regionen soll davon profitieren.

Nicht nur reiche Südafrikaner werden sich dann im Urlaubsland Mosambik tummeln. Auch aus Europa und den USA sollen devisenstarke Besucher angelockt werden. Für Maputo und den Süden Mosambiks scheint der Boom gesichert. Aber für den Rest des Landes bleibt die Zukunft unsicher.

**Hans Brandt ist Korrespondent des «Tages-Anzeiger» und der «Frankfurter Rundschau» im südlichen Afrika. Er lebt in Johannesburg.*





Sean Smith / Keystone

Die Schweiz und Mosambik: Von der Missão Suiça zur umfassenden Entwicklungs- zusammenarbeit

Die Beziehungen zwischen Mosambik und der Schweiz gehen auf das Jahr 1880 zurück, als Schweizer Missionare die «Missão Suiça» gründeten. Viele angesehene Mosambiker haben sich dort ausbilden lassen. Die Entwicklungszusammenarbeit begann 1979 und zwar mit Projekten im Gesundheitswesen, der Wasser- und Nahrungsmittelversorgung sowie der Landwirtschaftsentwicklung.

Seit 1982 verfügt die DEZA über ein Koordinationsbüro in Maputo, von wo aus das aktuelle Vierjahresprogramm, welches noch bis 2002 läuft und jährlich rund 22 Millionen Franken umfasst, koordiniert wird.

Die wichtigsten Punkte dieses Programms, bei denen sich die Schweiz vorab um die Koordination der Geberländer, den Dialog mit der Regierung, der Entwicklung der sektoriellen Programme und der Transparenz kümmert:

- **Governance:** In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) unterstützt die DEZA das Ministerium für Finanzen und Planung vorab im makroökonomischen Bereich, u.a. im Budgetausgleich und in der Ausbildung. Dieses Jahr wurden im Zusammenhang mit der Förderung des Demokratisierungsprozesses die Wahlen, die Polizeireform sowie ein Programm zur Förderung der Menschenrechte unterstützt.

- **Gesundheit:** In enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium erhält dieses eine Budgethilfe, um die laufenden Ausgaben zu decken. Zudem werden Konsulenten zur Verfügung gestellt und die Restrukturierungsarbeiten im Ministerium unterstützt. Momentan entsteht ein Programm zur Entwicklung der kommunalen Gesundheitshilfe.

- **Wasser:** Die Schweiz koordiniert hier vorab die gemeinsamen Projekte mit Holland, der Weltbank und dem UNO-Entwicklungsprogramm UNDP, darunter die ländliche Wasserversorgung, ein Trainingsprogramm und die institutionelle Unterstützung.

- **Zivilgesellschaft:** Im Vordergrund stehen Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingung der Ärmsten, die Verbesserung der Situation der Frauen, die Stärkung der kulturellen Identität sowie die Unterstützung von Lokalinitiativen

Geschichte

Die Küste war schon im 8. Jahrhundert in arabische Handelswege einbezogen, die bis nach China reichten. Handel, auch mit Sklaven, wurde mit den Königreichen Zentralafrikas betrieben.

- 1498 Der portugiesische Seefahrer Vasco da Gama erreicht Mosambik
- 1505 Portugal errichtet an der Mündung des Sambesi eine Handelstation
- bis 19. Jh Ausbeutung durch Vergabe von Konzessionen an Kolonialgesellschaften
- 1926 Portugal intensiviert Bewirtschaftung mit Zwangs- und Wanderarbeit
- 1960 Gründung der ersten Widerstandsorganisation
- 1962 Bildung der «Befreiungsfront Mosambiks» FRELIMO
- 1964 Erster bewaffneter Widerstand gegen portugiesische Kolonialherrschaft
- bis 1970 FRELIMO entwickelt sich zur revolutionär-sozialistischen Partei
- 1974 Putsch gegen die Militärherrschaft in Portugal, das daraufhin seine Kolonien aufgibt
- 1975 Unabhängigkeit der «Volksrepublik Mosambik». Der Marxist Samora Machel wird erster Präsident. Mehr als 200 000 Portugiesen flüchten aus dem Land. Mosambik unterstützt Befreiungskampf im benachbarten weissen Rhodesien.
- 1980 Unabhängigkeit von Simbabwe (Ex-Rhodesien). Bürgerkrieg intensiviert sich mit Hilfe von Apartheid-Südafrika und fordert mehr als eine Million Menschenleben.
- 1984 Friedensabkommen zwischen Südafrika und Mosambik bleibt erfolglos
- 1986 Machel stirbt bei einem Flugzeugunglück. Joaquim Chissano wird Präsident. Sozialistische Politik wird schrittweise abgebaut.
- 1990 Neue Mehrparteienverfassung, Umbenennung des Landes in «Republik Mosambik». Südafrika gibt Unterstützung der RENAMO auf. Erste Friedensverhandlungen zwischen FRELIMO und RENAMO.
- 1992 Friedensabkommen, Ende des Bürgerkriegs, Vorbereitung freier Wahlen unter Aufsicht von Uno-Truppen
- 1994 Erste freie Wahlen. FRELIMO bleibt Regierungspartei, RENAMO wird starke parlamentarische Opposition.



Len Strman Press

Das Ding im Alltag Ohne «Capulana» läuft nichts

«Capulana» heissen die bunten Tücher, ohne die keine mosambikanische Frau aus dem Haus geht. Der Allzweckstoff ist Trage für Kinder oder Einkäufe, Trauerschleier oder Sonnenschutz, Decke oder Kissen. Doch meist dient er vor allem der Schönheit. Sogar ein herkömmliches Kleid ist nicht Kleid genug, wenn nicht noch eine «Capulana» darum gebunden wird.

Stimme aus...

Mosambik

Ich wünsch mir Regen in Chicumbane

«Es ist ein kühler Wintermorgen im Juli. Ich heisse Elsa Tivane und bin etwas nach drei Uhr in der Früh aufgestanden und noch im Dunkeln zu meiner Machamba, dem Feld etwas ausserhalb des Dorfes Chicumbane, gegangen. Dort pflanze ich in guten Zeiten Mais, Mandjoca, süsse Kartoffeln, Zwiebeln, Amandoim (Erdnüsse) und Kohl. Jetzt im Juli allerdings, ist die Erde ganz trocken und es wachsen kaum die Süsskartoffeln. Meine Cousine Albertina ist schon ganz verzweifelt, weil ihr Feld so trocken ist. Nicht einen Schössling Mais oder Kohl wächst bei ihr, obwohl das doch die Jahreszeit dafür ist. Lea Mutisse, meine alte Nachbarin, glaubt, dass die Felder so trocken sind, weil wir die Geister nicht mehr mit Gebeten anriefen, wie wir dies früher, in dünnen Zeiten, taten. Sie ist überzeugt, dass wir Hungers sterben werden, weil wir den Respekt vor den Ahnen verloren haben.

Früher lebte ich mit meinem Mann in Maputo. Als er mich verliess und zu einer anderen Frau zog, ging ich alleine nach Chicumbane, wo meine Mutter ein Feld besass. Die Kinder liess ich bei ihm zurück. Schon bald aber rief mich seine Mutter und sagte, dass er nicht zu den Kindern schaue und ich doch wenigstens die Kleinen zu mir nehmen sollte. Die grossen Töchter und Söhne waren schon verheiratet und selbständig. So nahm ich die fünf Jüngsten mit nach Chicumbane. Die vier erwachsenen Kinder unterstützen mich hie und da, vor allem die älteste Tochter Maria und der nach Südafrika ausgewanderte Sohn Alitino schicken manchmal etwas Geld.

Als meine Mutter starb, konnte ich ihr Feld bearbeiten; es gehört zwar der Kirche aber ich darf darauf pflanzen, grad so, wie das meine Mutter schon

getan hat. Geräte habe ich nicht viele, eine grosse Hacke für mich und kleinere Hacken für die Kinder. Das Wasser für die Süsskartoffeln muss ich, oder eines der Kinder, von weit her in einem Plastikeimer tragen. Auch beim Holzhacken helfen mir die Kinder, das älteste ist dreizehn Jahre, das jüngste acht Jahre alt. Kurz vor sieben Uhr am Morgen gehe ich dann zum Haus der Senhora, wo ich eine Arbeit als Hausangestellte gefunden habe. Vor einem Jahr wurde mein kleinstes Kind mit drei Jahren plötzlich krank. Im Spital von Chicumbane gaben sie mir Medikamente, aber es half nichts, Pedro wurde immer schwächer, hustete und hustete und starb. Daraufhin gab mir die Ärztin die Arbeit in ihrem Haus. Dort putze ich die Böden und wasche die Kleider. Um ein Uhr muss ich nach Hause und das Essen für die Kinder vorbereiten.

Ich wohne nicht weit weg, gerade beim Markt. Weil ich arbeite, kann ich Brot und Mais, manchmal Tomaten und Kohl kaufen. Selten gibts auch Fisch, meistens essen wir eine Pappe aus zerstampften Amandoim Ich koche immer viel, weil das Essen auch für den Abend und am Morgen für die Kinder reichen muss. Wenn sie nichts essen, schlafen die Kinder sonst in der Schule ein. Albertina hat kein Geld, und so isst sie auch manchmal bei mir. Wenn ich etwas Geld hätte, würde ich mir ein Huhn kaufen oder eine Ziege. Die kann man melken, essen oder die Jungen verkaufen, wenn sie welche hat. Aber was ich mir wirklich wünsche, ist, dass es endlich regnet und ich wieder Mandjok pflanzen kann und Kohl oder Mais.»

Aufgezeichnet von Sabine Kistler



Elsa Tivane lebt in Chicumbane, einem kleinen Dorf auf einem Hügelkamm in der Provinz Gaza in Mosambik, 15 Kilometer südlich der Provinzhauptstadt Xai-Xai. Die Bewohner des Ortes, in welchem schweizerische Missionare ein Spital sowie eine Schwesternschule und eine kleine Kirche aufgebaut haben, leben hauptsächlich von der Landwirtschaft.



G&M Moss/ Still Pictures



G&M Moss/ Still Pictures



JFS Krebs

Ein Schritt nach vorn!

Zentrales Anliegen der DEZA ist die bestmögliche Entfaltung des Menschen in seinem natürlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld. So steht es in unserem Leitbild.

Nachdem sich die Weltgemeinschaft den wirtschaftlichen Problemen – insbesondere wegen der Schuldenkrise – und 1992 im Rahmen der Konferenz von Rio den Umweltfragen gewidmet hatte, stellte sie beim Sozialgipfel in Kopenhagen und 1995 bei der Weltfrauenkonferenz von Beijing gesellschaftspolitische Fragen in den Mittelpunkt. Dies war nötig, um die Gewichtung der Probleme wieder ins Lot zu bringen.

Trotz der grossen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte, die seit 1960 beispielsweise durch die erhebliche Erhöhung der Lebenserwartung erzielt wurden, wird die Gesamtbilanz durch grosse Schatten getrübt: Auf der ganzen Welt leben über eine Milliarde Menschen weiterhin in extremer Armut und in Ermangelung jeglicher Menschenwürde. Die Mehrzahl davon sind Mädchen und Frauen, die nicht einmal ihren Grundbedarf an Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung und Unterbringung zu decken vermögen.

Wer angesichts dieser Probleme Abhilfe schaffen will, muss als ersten Schritt die Ausgaben für Schulbildung und medizinische Grundversorgung nicht als eine Form des Konsums, sondern als Investition in die Zukunft der Gesellschaft ansehen. Genau darin liegt der Sinn der 20/20-Initiative der UNO begründet. Die auf ein sehr positives Echo gestossene Initiative zielt darauf ab, 20 Prozent der staatlichen Haushalte und 20 Prozent der Entwicklungsbudgets in genau diese humane Investition zu überführen.

Gefragt ist jedoch ein weiterer Schritt nach vorn: Die gesamte soziale Dimension der Armut muss untersucht werden. Die Ärmsten leben ja nicht in einem politischen und sozialen Vakuum. Sie sind arm, weil sie keine Macht haben. Sie sind weniger stark als andere Gruppen, die sich besser organisieren, sich eine bessere Ausgangslage verschaffen und die verfügbaren Ressourcen zu ihrem eigenen Vorteil in Beschlag nehmen. Die Ärmsten haben keinen gleichwertigen Zugang zu produktiven Ressourcen wie Ackerland und Wasser. Sie haben Mühe, ihre Rechte auf dem Gerichtsweg geltend zu machen. Sie sind am stärksten von der Korruption betroffen. Die Armut trifft insbesondere politische Randgruppen, seien dies Frauen, indigene Völker oder aufgrund ihres Glaubens, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer Kastenzugehörigkeit auf der untersten Stufe der sozialen Hierarchie angesiedelte Menschen.

Genau da liegt die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Es wäre unverzeihlich, unsere Arbeitsweise nicht zu hinterfragen, um in den kommenden 20 oder 30 Jahren diese Bilanz zu verbessern: durch klare und engagierte Unterstützung der Initiativen unserer Partner. Aus diesem Grund arbeitet die DEZA für die soziale Entwicklung eine neue Strategie aus, bei der es darum geht, die Lage der Ärmsten genauer zu untersuchen, um den unterstützten Projekten klarere Ziele zu setzen und die Nachbetreuung mittels Indikatoren zu verbessern.

*Jean-François Giovannini,
Stellvertretender Direktor der DEZA
(Aus dem Französischen)*

Gespräche statt Krieg

Die Zeit nach einem bewaffneten Konflikt stellt grosse Herausforderungen an alle Betroffenen. In Eritrea, Guatemala, Mosambik und Somalia hat ein internationales Forschungsteam versucht, diese Situation systematisch zu ergründen und nach Lösungen für den Wiederaufbau zu suchen. Die DEZA unterstützte das Projekt von Anfang an. Von Gabriela Neuhaus.



Nigel Dickinson / Still Pictures

Das War-torn Societies Project (WTS) – ein Forschungsprojekt im Bereich der Sozialwissenschaften, das vom United Nations Research Institute for Social Development in Genf geleitet wird – bietet eine neutrale Plattform, wo die verschiedenen Akteure eines vom Krieg gezeichneten Landes in gemeinsamer Arbeit die komplexe Situation besser verstehen lernen. Dies ist die Basis für die Neubildung von Beziehungen, welche für einen dauerhaften Frieden notwendig sind. Der Aufbau des WTS-Projekts wurde massgeblich von der DEZA finanziert, heute wird es von insgesamt 26 staatlichen und nicht-staatlichen Gebern unterstützt.

Friedensarbeit in Guatemala

Am 29. Dezember 1996 unterzeichneten die guatemalteckische Regierung und die Rebellenorganisation nach 36 Jahren Bürgerkrieg einen Friedensvertrag. Zehn Tage später leitete Vizepräsident Luis Flores ein Treffen von Wirtschaftsführern, kirchlichen Gruppen, Arbeiter- und Bauernorganisationen sowie Regierungsvertretern und Repräsentanten der Rebellen. All diese Leute waren auf Einladung des WTS zusammen gekommen, um gemeinsam die wichtigsten sozialen und politischen

Probleme des Landes zu diskutieren. Grundlage dafür war ein Fünfpunkte-Programm, welches von Exponenten der verschiedenen Parteien vorgängig erarbeitet wurde.

«Öffentliche Sicherheit und Partizipation» war einer dieser fünf Schlüsselbegriffe, die zur Diskussion standen. Das Vertrauen in die staatlichen Sicherheitskräfte hatte während des Krieges stark gelitten, weil diese zum Teil in die Gewaltakte verwickelt gewesen waren. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, war für die Guatemalteken eine zentrale Aufgabe.

14 Interessensgruppen, darunter auch das staatliche Sekretariat für Frieden, akademische Institutionen und der Anwaltsverband, arbeiteten gemeinsam zum vorgegebenen Thema. Am Ende der Forschungsphase wurden Vorschläge für verschiedene Aktionen formuliert, dazu gehörte auch die Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei der Kontrolle der Nationalen Zivilen Polizei. Die Arbeitsgruppe präsentierte ihre Empfehlungen der Projektgruppe, welche sie guthiess und an das guatemalteckische Parlament weiter leitete. Nach Abschluss des WTS-Projekts führen die Organisationen nun den politischen Forschungs- und Dialogprozess in einem eigenen Nachfolgeprojekt weiter.

Europas letzter Urwald

Seit in Russland die Marktwirtschaft Einzug hält, ist das Petschora-Ilytsch-Reservat in der russischen Teilrepublik Komi bedroht. Damit Holzfäller dieses letzte ursprüngliche Naturparadies Europas nicht endgültig zerstören, wird nun international geholfen.



H. Stalder

(gn) Feuchte Fichtenwälder, vom Sturm zerstörte Birken und geheimnisvolle Moorstimmung; vermodernes Holz, von Pilzen und Flechten überwuchert, Vögel an stillen Gewässern, plötzliches Auftauchen eines Bären – solche Szenarien sollen künftig naturliebende Touristinnen und Touristen in den abgelegenen Wäldern des Ural begeistern. Dies zumindest sind Zukunftsvisionen aus dem von der DEZA unterstützten WWF-Projekt zur Erhaltung des letzten Urwalds Europas, des Petschora-Ilytsch-Reservats.

Dieses Naturschutzgebiet ist Teil der berühmten russischen Taiga, jenes Wald- und Steppengürtels, der sich über 10 000 Kilometer vom Baltikum im Westen bis zur Okhotsk-See im Osten erstreckt und einst ein Drittel des russischen Territoriums bedeckte. Die Urwälder am Westrand des Urals zeichnen sich durch eine besonders grosse Pflanzenvielfalt aus und beherbergen ungezählte Tierarten, die sonst in weiten Teilen Europas ausgestorben sind. Bereits vor 65 Jahren wurde deshalb hier eine Fläche von 25 000 Quadratkilometern unter Naturschutz gestellt – ein Gebiet, fast zwei Drittel so gross wie die Schweiz. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte zur Folge, dass Geld sowie Kontrolle fehlten,

um die Naturschutzgebiete und Waldreservate weiter zu erhalten. Vor allem der Druck von Holzgesellschaften, aber auch Goldsucher, Wilderer und Tierhändler bedrohen das wertvolle Naturerbe.

Erhalten dank Nutzung

Um die negative Entwicklung zu stoppen, lancierte der WWF ein Projekt, das hauptsächlich von der DEZA finanziert wird: Hauptziel ist es, das 7000 Quadratkilometer grosse Waldreservat Petschora-Ilytsch und eine fast ebenso grosse Pufferzone langfristig zu erhalten und den Menschen in der Region zu einer Existenz in der Marktwirtschaft zu verhelfen. Dabei wird das Schwergewicht auf die Aus- und Weiterbildung der Menschen in der Region gelegt. Während das Waldreservat unberührt bleiben soll, gilt es, den Menschen in der sogenannten Pufferzone einen Weg aufzuzeigen, wie sie auch mit nachhaltiger Nutzung der Ressourcen überleben können. Ein Standbein, auf das man dabei in Zukunft bauen will, ist die Holzwirtschaft, ein anderes der sanfte Tourismus.

Viele Partner

– spezielle Beziehungen

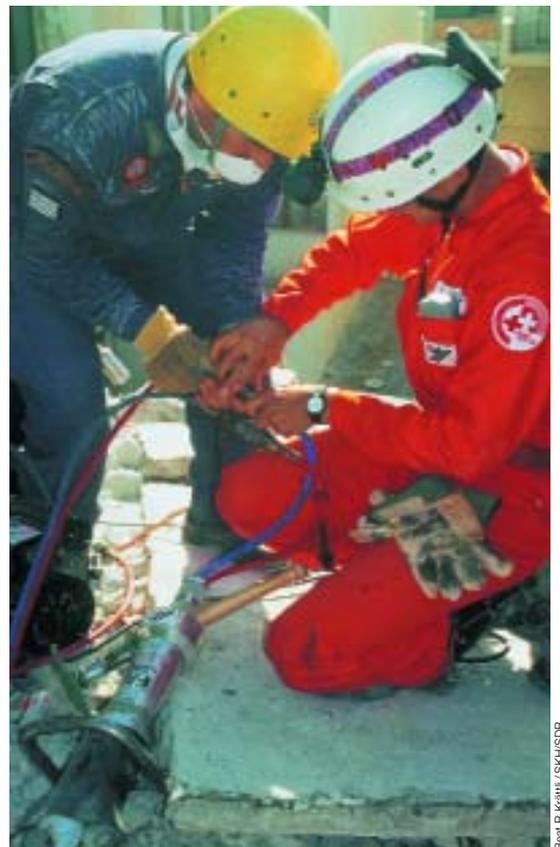
Das Ende des Kalten Krieges hatte eine Neuordnung in Europa zur Folge, die auch sicherheitspolitisch ein Umdenken und neue Massnahmen erforderte. Ein Instrument zur künftigen Friedenssicherung ist die von der NATO initiierte «Partnerschaft für den Frieden», an der im Rahmen des Schweizer Engagements auch die DEZA beteiligt ist.

(gn) Die Grundidee der Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, Pfp) ist, so steht es in deren Programm, «jedem Staat in Europa die Möglichkeit zu geben, seine Beziehung und praktische Zusammenarbeit mit der NATO gemäss seinen eigenen Interessen und Fähigkeiten zu entwickeln». Die Zielsetzung der Pfp wurde 1994 in einem Rahmenprogramm fest gehalten und umfasst folgende zentralen Punkte: Schutz und Förderung der Menschenrechte, Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden durch Demokratie, Wahrung der Prinzipien des Völkerrechts sowie die Wahrung der Beschlüsse der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Diese Zielsetzungen wurden im Rahmen der Pfp nicht neu erfunden, sondern sollen vielmehr bereits bestehende Verbindungen und Verpflichtungen bekräftigen und die Zusammenarbeit angesichts der veränderten Situation neu definieren.

Trotz anfänglicher Skepsis entwickelte sich die Pfp rasch und erfolgreich. Heute beteiligen sich 28 Staaten an der Partnerschaft, darunter auch die Schweiz – Pfp ist nebst der OSZE denn auch das einzige nahezu gesamteuropäische Forum für Sicherheitspolitik.

Bereits wurde eine grosse Zahl von praktischen Zusammenarbeitsprojekten und Aktivitäten im Rahmen der Pfp realisiert – allein 1997 umfasste das Programm über 1000 Angebote.

So wurden zum Beispiel gemeinsame Übungen zwischen NATO und Partnerstaaten durchgeführt, was der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den Mitgliedern dienen soll. Die Schweiz, welche im Dezember 1996 das Pfp-Rahmendokument unterzeichnet hat, beteiligt sich seit Frühjahr 1997 an solchen «Individuellen Partnerschaftsprogrammen» (IPP). Bis ins Jahr 1999 plant das Eidgenössische Departement für Verteidigung,



Beat P. Krättli / SKHSDR

Bevölkerungsschutz und Sport insgesamt 56 Aktivitäten – die DEZA bietet in diesem Rahmen Kurse an im Bereich der Verwendung von militärischen und Zivilschutzmitteln bei humanitären Notfällen sowie für die Lageeinschätzung und Koordination bei Katastrophen.

Kampf der Kinderarbeit in Pakistan

(hd) Im Kampf gegen die Kinderarbeit ist Pakistan einer der wichtigsten Partner der «International Labour Organisation» (ILO). Über drei Millionen Kinder unter 14 Jahren sind laut ILO in Pakistan Kinderarbeiter. Im Rahmen des «International Programme on the Elimination of Child Labour» (IPEC) geht es der ILO vorerst darum, missbräuchliche Kinderarbeit (gefährlich und/oder schulverhindernd) zu bekämpfen. Die DEZA hat im Sommer mit der ILO einen Vertrag unterschrieben, worin die Zusammenarbeit für zwei Projekte zur Bekämpfung der Kinderarbeit in der Nordwestprovinz Pakistans geregelt wird. Das eine bekämpft Kinderarbeit durch Rehabilitation und Berufsschulung der Kinder, das andere durch Mobilisierung und Sensibilisierung der Lehrer und des weiteren Umfeldes der Kinder. Die DEZA leistet für die nächsten zwei Jahre einen Beitrag von 1.08 Millionen Franken.

30 Jahre Zusammenarbeit mit Bolivien

(km) 1999 können die Schweiz und Bolivien auf 30 Jahre Zusammenarbeit zurück blicken. Bolivien ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Sie konzentriert sich auf das Hochland und die etwas tiefer gelegenen Täler und Ebenen, vor allem auf die ländlichen Gebiete, wo die Armutprobleme am gravierendsten sind. Die DEZA fördert eine umweltfreundliche und marktorientierte Landwirtschaft für Kleinbäuerinnen und -bauern und die Forstwirtschaft. Seit Anfang der 90er Jahre wird auch ein Beitrag zur Verbesserung der Berufsausbildung geleistet. Zudem unterstützt sie die bolivianische Regierung bei der Reform von zentralen

Staatsfunktionen und bei der Etablierung einer weitreichenden Gemeindeautonomie. Dazu gehört auch die Rechtshilfe an benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

In wirtschaftlichen Randgebieten hilft sie zudem beim Aufbau bankenähnlicher Organisationen, die kleinen und mittleren Unternehmen Finanzdienstleistungen erbringen. Die gesamte Entwicklungszusammenarbeit des Bundes belief sich 1998 auf rund 21 Millionen Franken.

Schweiz führt Aufbauhilfe für die palästinensischen Gebiete weiter

(km) Die Blockierung des Friedensprozesses, Grenzsicherungen und Handelsbeschränkungen haben auch den Aufbau in den palästinensischen Gebieten verzögert und teilweise verhindert. Die DEZA hat deshalb beschlossen, weiterhin einen Beitrag an die wirtschaftliche Stabilisierung der palästinensischen Gebiete zu leisten. Im Oktober 1993 hatte der Bundesrat beschlossen, für die Aufbauhilfe in der Westbank und in Gaza 60 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Damit wurde ein Spezialprogramm finanziert, das auf fünf Jahre angelegt war. Im Zentrum dieses Programms stand die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung, die Rehabilitation der Infrastruktur, Arbeitsbeschaffung und soziale Dienstleistungen. Das neue Zusammenarbeitsprogramm ist noch stärker auf die soziale Entwicklung und die Förderung der Demokratisierung und Beachtung der Menschenrechte ausgerichtet.

Was eigentlich ist... ...Targeting?

(vor) Das Wort «Target» stammt aus dem Englischen und heisst Ziel. Der Begriff des «Targeting» hat in der internationalen Diskussion um den Wiederaufbau von Bosnien-Herzegowina neue Aktualität erhalten.

So knüpft die Schweiz, wie viele andere Staaten, ihre Zusammenarbeit mit osteuropäischen Reformländern an bestimmte Bedingungen (politische Konditionalität) wie die aktive Förderung der Reformen durch die Empfängerländer, die Respektierung der Menschenrechte und die Einhaltung von Frieden.

Das Targeting stellt zusätzlich zu diesen allgemeinen Voraussetzungen immer gezieltere Bedingungen für die Gewährung von Hilfe an die Gemeinden von Bosnien-Herzegowina. Wurden anfänglich (mit mässigem Erfolg) die Verwaltungen der Bosnischen Föderation und der Republika Srpska zur Zusammenarbeit verpflichtet, sind es seit 1997 auch die einzelnen Gemeinden.

Die Geberländer verfolgen damit das Ziel, dass die Gemeindebehörden in Bosnien die Bedingungen des Dayton-Friedensabkommens respektieren und die Kriegsvertriebenen dahin zurückkehren lassen, wo sie vor dem Krieg gewohnt haben. Das funktioniert konkret so, dass die Geberländer all jenen Gemeinden keine Hilfe zukommen lassen, die die Reintegration der Kriegsvertriebenen und Flüchtlinge hintertreiben. Die lokalen Behörden in der Bosnischen Föderation und in der Republika Srpska sollen mit finanziellen Anreizen und politischem Druck dazu gebracht werden, alle Vorkriegs-Einwohner zu akzeptieren, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit.

Targeting meint also im Zusammenhang mit Bosnien die zielgerichtete Hilfe ausschliesslich an die zusammenarbeitwilligen Gemeindebehörden und Kantone im Sinne des Dayton-Friedensabkommens.



Alan Progres / CERIC

Die Länder, welche die 1993 verabschiedete Erklärung von Wien unterschrieben, bekräftigten die Unteilbarkeit, die Allgemeingültigkeit und die wechselseitige Abhängigkeit der Menschenrechte. Wie werden diese Grundsätze umgesetzt? Welche Rolle kann die Entwicklungszusammenarbeit in diesem Kontext spielen? Diese Fragen diskutieren Botschafter Urs Ziswiler, Chef der politischen Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Mohamed-Salah Dembri, Botschafter Algeriens bei der UNO in Genf, sowie Emmanuel Kabengele Mpinga, Vertreter der Menschenrechtsorganisation Association africaine de défense des droits de l'homme (ASADHO) in der Demokratischen Republik Kongo. Gesprächsführung: Jane-Lise Schneeberger.

Menschenrechte – ein Luxus der reichen Länder?

Francis Gibb



Urs Ziswiler



Mohamed-Salah Dembri



Emmanuel Kabengele Mpinga



Menschenrechte und Menschenpflichten

Der InterAction Council – ein Gremium, dem neben Kurt Furgler etwa zwanzig andere ehemalige Staats- und Regierungschefs angehören – hat den 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf seine Weise begangen, indem er eine Allgemeine Erklärung der Pflichten des Menschen propagierte, die sich auf Werte wie Gewaltfreiheit, Achtung vor dem Leben, Integrität, Ehrlichkeit, gegenseitigen Respekt, Solidarität und Toleranz stützt.

Unter Menschenrechtsexperten löste die Initiative gewisse Bedenken aus. Professor Walter Kälin von der Uni Bern ist gegen diese Erklärung: «Die Pflichten des Menschen sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte implizit enthalten. Wir brauchen kein neues Instrument dafür. Ich befürchte, dass autoritäre Regierungen ein solches Instrument gegen die Menschenrechte einsetzen könnten.»

Urs Ziswiler: Die Erklärung von Wien muss die Grundlage jeder Menschenrechtspolitik bleiben. Aus ihr geht hervor, dass die Grundrechte – die politischen und die Bürgerrechte einerseits und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte andererseits – auf der ganzen Welt Gültigkeit haben.

Mohamed-Salah Dembri: Lange Zeit wollten bestimmte Länder des Nordens diese zwei Gruppen von Rechten – nämlich die politischen und die Bürgerrechte, die sie als obligatorisch bezeichneten, auf der einen Seite und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte als fakultative Rechte auf der anderen Seite – gegeneinander ausspielen. Das war historisch gesehen ein Fehler.

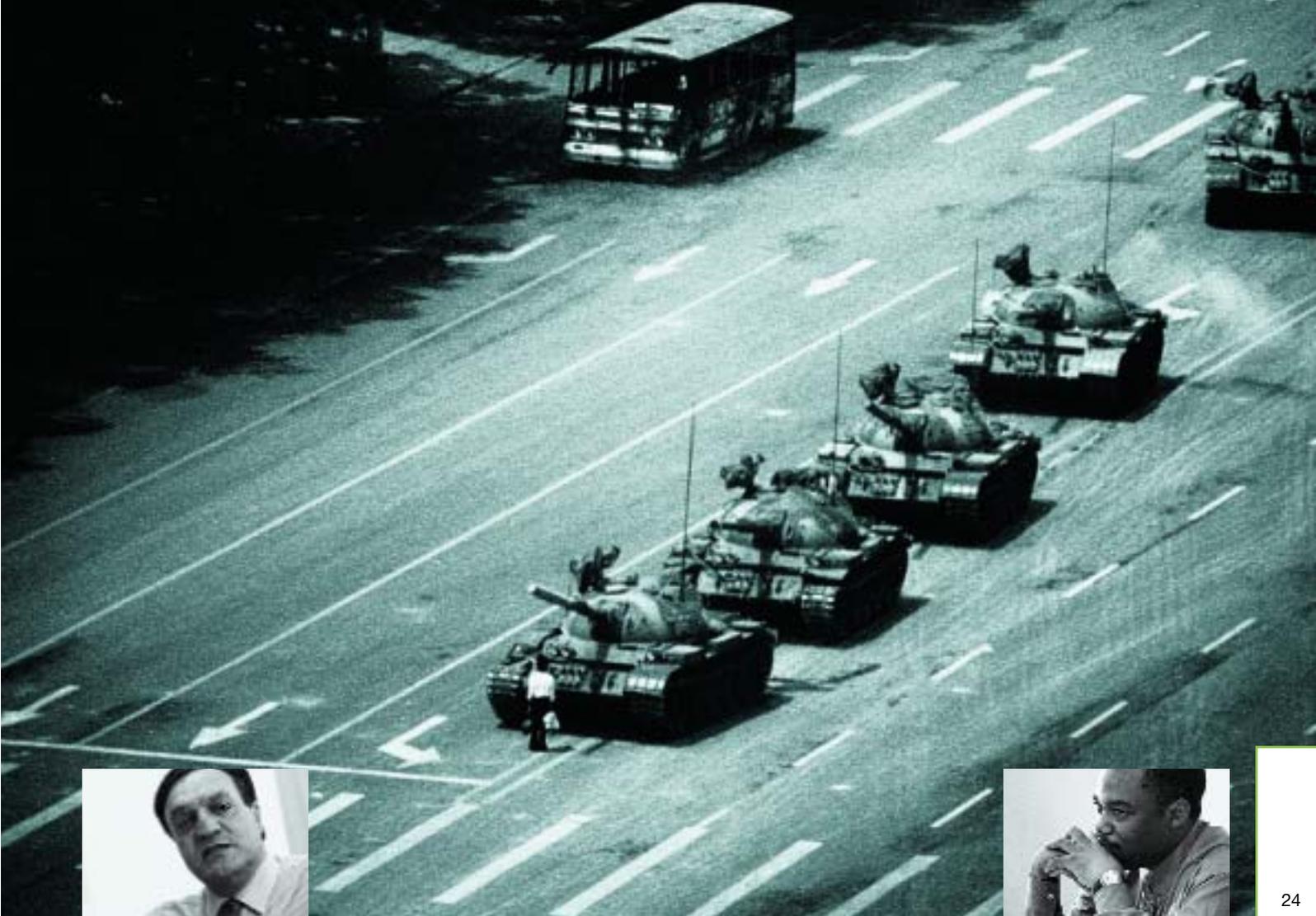
Emmanuel Kabengele Mpinga: Heute verhindern gewisse Wirtschafts- und Geschäftsinteressen, dass die wirtschaftlichen und die sozialen Rechte in den Ländern des Südens tatsächlich wahr genommen werden können. Ungeheuer starke Mächte haben sich gegen die Staaten gewendet und diesen grundlegende Eigenschaften ihrer Funktionstüchtigkeit entzogen. Die multinationalen Unternehmen gehören zu den Hauptverantwortlichen für die Verletzung der Menschenrechte. Sie müssen dazu gebracht werden, ihre Geschäftstätigkeit mit der Achtung der Menschenrechte in Einklang zu bringen. Sie verstossen zum Beispiel gegen das Recht auf eine an-

gemessene Arbeitsentschädigung, wenn sie ihre Produktion nach Asien verlagern, um dort den Arbeitskräften einen im Vergleich zu den Ländern des Nordens lächerlichen Lohn bezahlen zu können.

Dembri: Historisch gesehen dienten die wirtschaftlichen Rechte als Grundlage für die politischen Rechte. Während der industriellen Revolution in Grossbritannien wurden Kinder ausgebeutet, gab es keinen bezahlten Urlaub für Arbeiter und so weiter. Der Frage des Stimm- und Wahlrechtes konnten sich die Menschen erst zuwenden, nachdem sie die wirtschaftlichen Rechte erworben hatten. Sogar in den USA wurden gewisse Grundrechte des sozialen Schutzes erst ab 1931 garantiert. Die Forderung nach politischen und Bürgerrechten wurde noch später gestellt. Der Kampf gegen die Rassentrennung fand erst 1968 mit Martin Luther King sein Ende.

Ziswiler: Die Entwicklungszusammenarbeit sollte es den beteiligten Ländern ermöglichen, diese wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte über konkrete Projekte in die Tat umzusetzen.

Dembri: Die Schaffung der Entwicklungshilfe für die bedürftigsten Länder der Welt durch die internationale Gemeinschaft war ein wahrer Akt der Solidarität. Die politische Konditionalität sollte kei-



nen Einfluss auf die Entwicklungshilfe haben, da die Hilfe für die Bevölkerung bestimmt ist.

Ziswiler: Die Konditionalität ist für uns ein Instrument von zunehmender Bedeutung, aber sie muss transparent gemacht werden. Der Partner muss im Voraus erfahren, dass die Schweiz ein Projekt unter gewissen Bedingungen unterstützt und die Hilfeleistung einstellen könnte, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden. Die Alternative besteht in der Diversifizierung der Partner, das heisst in der Ausdehnung der Zusammenarbeit auf die Zivilbevölkerung. So verhindert man einen Rückzug von heute auf morgen, der der Bevölkerung schaden könnte und die gleiche Wirkung wie Sanktionen hätte.

Kabengele: Wenn Sanktionen manchmal nötig sind, um Bewegung in eine fest gefahrene Situation zu bringen, sollten sie jedoch immer Rücksicht auf die jeweiligen Zusammenhänge und Ziele nehmen. Sie dürfen nicht zu einem Aufbäumen der betroffenen Regierung führen. Als die Geldgeber des Kongo im Dezember 1997 in Brüssel tagten, machte die ASADHO sie darauf aufmerksam, dass Hilfe nichts bringt, wenn sie keine Rücksicht auf das politische und soziale Umfeld nimmt. Als Folge davon froren diese Länder ihre Finanzhilfe ein, was dazu führte, dass sich die Regierung unter Laurent-Désiré Kabila

noch trotziger als vorher zu verhalten begann. Die Verfechter der Menschenrechte werden eingekerkert, und organisierte Bewegungen wie die politischen Parteien können ihre Meinung nicht mehr frei äussern.

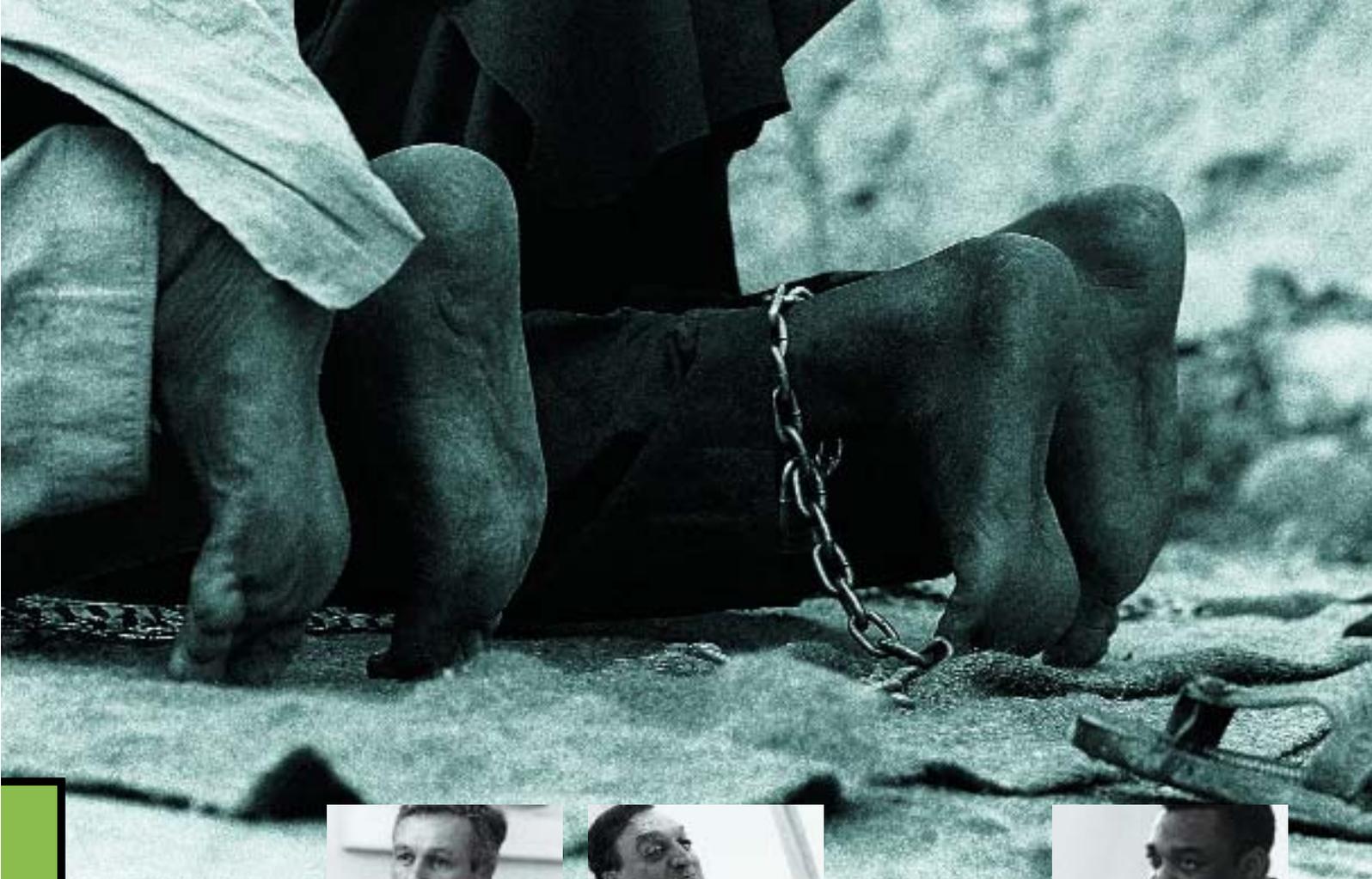
Ziswiler: Ja, die Anwendung dieses Instrumentes kann sich auch als kontraproduktiv erweisen. Zudem sind in erster Linie die Ärmsten betroffen. Die Auswirkungen der Sanktionen gegen den Irak sind sehr fragwürdig. Demgegenüber trug das Embargo gegen Südafrika zur Abschaffung der Apartheid bei. In jedem Fall erzielen Sanktionen nur die gewünschte Wirkung, wenn sie von der gesamten internationalen Gemeinschaft getragen werden.

Dembri: Was die Transparenz betrifft, bin ich der Meinung, dass es in der Entwicklungszusammenarbeit einen Verhaltenskodex für beide beteiligten Seiten geben sollte. Der Norden unterstützte aus Eigennutz jahrelang Zaïre ohne Rücksicht auf die Situation der Menschenrechte. So etwas darf nicht wieder vorkommen, umso mehr als die Entwicklungshilfe nicht immer frei von Eigennutz ist. Über den Daumen gepeilt kann ein in die Entwicklungszusammenarbeit investierter Franken dem Geldgeber drei Franken einbringen. Verlierer gibt es keine.

«Die Stimme des Volkes ist die Trommel Gottes.»
Sprichwort aus dem Punjab

«Wenn die Menschen sich nicht gegenseitig helfen, leben sie in Armut. Wenn die Gesellschaft die Rechte des Einzelnen nicht anerkennt, werden Konflikte ausbrechen. Armut schürt Angst; Konflikte bringen Unheil. Das beste Mittel, Angst zu lindern und Konflikte auszuräumen, ist die Schaffung einer Gesellschaft, die die Rechte des Einzelnen anerkennt.»
Siun Tseu, 3. Jh. v.Chr., China

«Ein guter König ist wie eine Wolke: Er nimmt nur, um zu geben.»
Kālidāsa Raghuvamsa, 4. Jh. n.Chr., Indien



Chris Steele-Perkins / Magnum



François Gribi

«Die Entwicklung des Menschen von einer Pflanze im Bauch der Mutter über den Zustand eines reinen Tieres in der ersten Kindheitsphase bis zur Reife des Verstandes dauert zwanzig Jahre. Die Struktur des Menschen ein bisschen zu erforschen, nahm dreissig Jahrhunderte in Anspruch. Eine Ewigkeit wäre nötig, um seine Seele auch nur oberflächlich zu ergründen. Aber ihn zu töten dauert nur einen Augenblick.»

Voltaire, Dictionnaire philosophique, 1764

«Da jeder sagen können muss, was er denkt, um seine Freiheit wahrzunehmen, und da wiederum jeder sagen können muss, was er denkt, um seine Freiheit zu wahren, soll ein Bürger in diesem Staat alles sagen und schreiben, was ihm nach den Gesetzen nicht ausdrücklich zu sagen oder zu schreiben verboten ist.»

Montesquieu, De l'esprit des lois, 1748

Ziswiler: Kohärenz auf Regierungsebene ist ebenfalls von grösster Bedeutung. In der Schweiz untersteht die Zusammenarbeit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und die Finanzhilfe dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Die Schweiz ist nur glaubwürdig, wenn diese beiden Ministerien zusammen arbeiten und die gleiche Politik betreiben. Man kann nicht einfach die Zusammenarbeit mit einem bestimmten Land einstellen, weil die Bedingungen nicht erfüllt worden sind, und gleichzeitig die finanzielle Beihilfe weiter fliessen lassen. In dieser Hinsicht haben wir, wie alle anderen Industriestaaten auch, noch alle Hände voll zu tun. Wirtschaftsinteressen und Solidarität lassen sich nicht leicht unter einen Hut bringen. Wir müssen vielmehr um Dialog bemüht sein, als mit dem Finger zu drohen oder Sanktionen zu ergreifen. Wir müssen versuchen, zu verstehen und eine Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern zu betreiben, statt als Lehrmeister aufzutreten. Zum Beispiel führen wir einen Dialog mit China über die Reform des Strafrechtes beziehungsweise mit Marokko über den Strafvollzug.

Dembri: Wir in den Maghreb-Staaten führen seit 1995 einen Dialog mit der Europäischen Union (EU), und es ist nicht ausgeschlossen, dass wir in diesem Rahmen auch Aspekte der Menschenrechte

erörtern. Es handelt sich um einen institutionalisierten Dialog über Politik, Wirtschaft und menschliche Beziehungen, der unter anderem zur Schaffung von Bildungsstätten für Jugendliche, zur Verbesserung von Strukturen oder zur Ausbildung von Angestellten des Justizwesens führen kann.

Ziswiler: In ihrem Verhältnis zu Algerien haben nicht alle Länder der EU die gleiche Vergangenheit. Die Schweiz wäre sehr geeignet, um mit Algerien in einen Dialog zu treten, umso mehr als wir unsere Botschaft wieder eröffnet haben. Ohne Vertretung vor Ort wären wir kein glaubwürdiger Partner.

Dembri: Der politische Dialog auf dem Gebiet der Menschenrechte ist im Rahmen der bilateralen Beziehungen zur Konstanten geworden. In den verschiedenen Ländern ergeben sich daraus je nach den vorliegenden Bedürfnissen Projekte unterschiedlicher Art. Was die Beziehungen zwischen der Schweiz und Algerien betrifft, sind wir im Begriff, ein System der allgemeinen Zusammenarbeit auf die Beine zu stellen, das alle Tätigkeitsbereiche einschliesslich der Menschenrechte umfassen wird.

(Aus dem Französischen)

Südafrikanische Frauen im Vormarsch

Vier Jahre nach den ersten freien und demokratischen Wahlen wurden in Südafrika entscheidende Fortschritte in Frauenfragen erzielt. Die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Stützung der konstitutionellen Demokratie wurde durch den Aufbau unabhängiger Institutionen verstärkt. Es ist allerdings ärgerlich, dass die in der Politik erzielten Fortschritte noch nicht auf andere Bereiche übergriffen haben, doch das ist eine Frage der Zeit.

Zwar hat in Südafrikas Wirtschaft die Zahl der Frauen, insbesondere der schwarzen Frauen zugenommen, in den Exekutiven der grossen Wirtschaftskonzerne sind sie aber nach wie vor untervertreten. Obwohl sie über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ausmachen, sind sie nur zu zwei Prozent in Entscheidungsorganen vertreten, gegenüber vier Prozent schwarzer Männer. Die oberen Etagen der südafrikanischen Geschäftswelt sind nach wie vor dem weissen Mann vorbehalten. Ausserdem verdienen die Frauen im Allgemeinen noch immer weniger, trotz der Fortschritte bei der Errichtung eines gesetzlichen Rahmens, der für die Frauen Gleichberechtigung bei Berufschancen und Löhnen sicher stellen soll. Schon rein aufgrund ihrer Zahl sollten sie in den kommenden Jahren die Geschäftswelt beherrschen. Die Wirtschaft sollte sich über die riesigen Talente und Ressourcen bewusst werden, welche ihr mit ihren Angestellten zur Verfügung stehen und diese auch besser nutzen.

Am meisten Erfolge haben die Frauen im informellen Sektor erzielt, also am Rand der etablierten Strukturen. Viele von ihnen konnten ein kleines oder mittleres Unternehmen aufbauen und damit ihre Rolle in der Geschäftswelt wesentlich ausweiten. Obwohl viele Frauen nicht in den formellen Sektor integriert werden konnten, wurden durch ihre Aktivitäten Arbeitsstellen und Einkommen geschaffen, indem sie Möglichkeiten zur Ausbildung und zum Erwerb technischer und administrativer Fähigkeiten boten. Der Handelssektor und die Regierungsinstitutionen anerkennen die Bedeutung des informellen Sektors für die Wirtschaft, ist dieser doch ein Instrument, das den Frauen mehr Macht verleiht und ihnen den Zugang zur Verwaltung und zum Beschlussfassungsprozess ermöglicht.

In einer traditionell noch weitgehend von den patriarchalischen Werten und Strukturen geprägten Gesellschaft müssen die Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft mit der riesigen Aufgabe fertig werden, eine ganze Reihe von Vorurteilen zu über-

winden. Dies ist vor allem in ländlichen Gemeinden der Fall, wo die gesetzlichen und statuarischen Änderungen wenig dazu beigetragen haben, den Alltag der meisten Frauen zu verbessern.

Die Bildung ist ein Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Situation der Frauen und deren Möglichkeiten zur Machtausübung. Sie ist grundlegend für das sozio-ökonomische und politische Überleben im neuen Südafrika. Und ausserdem kann die Rolle der Frauen in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung nie genug hervorgehoben werden.

Die Grundlagen des Wirtschaftswachstums wurden mit der Erstellung eines Rahmens gelegt, der die elementaren Rechte aller Südafrikanerinnen und Südafrikaner sichert. Aber wirkliche Änderungen sind erst jetzt im Gang. Die Armut ist nach wie vor das grösste Hindernis für die Machtausübung durch Frauen. Laut jüngsten Schätzungen braucht es während der nächsten zehn Jahre ein Wachstum von mindestens sechs Prozent, um die Armut wesentlich zu verringern. Eine ungleiche Neuverteilung der Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung erinnert uns brutal an das Erbe der Apartheid. Die Herausforderung besteht darin, eine Entwicklung und ein Wirtschaftswachstum zu fördern, welche soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für diejenigen bringen, die unter der Apartheid benachteiligt waren. Trotz der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, welche aus dieser entstanden, bin ich stolz, dass es Südafrika in relativ kurzer Zeit gelungen ist, ein Umfeld zu schaffen, das die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ermöglicht.

(Aus dem Englischen)



Ruth Segomotsi Mompoti

Die Botschafterin Südafrikas in Bern war während sieben Jahren Lehrerin und wurde danach Sekretärin in der Anwaltskanzlei von Nelson Mandela und Oliver Tambo. 1962 ging sie ins Exil. In Dar es-Salaam leitete sie zehn Jahre lang die Frauen-Sektion des African National Congress (ANC). 1966 trat sie ins Büro des ANC-Präsidenten ein. Von 1976 bis 1980 war sie Vertreterin des Bundes südafrikanischer Frauen beim internationalen demokratischen Frauenbund. Dann vertrat sie den ANC in London, wurde administrative Sekretärin des ANC-Exekutivausschusses in Lusaka, Sambia, und trat 1989 an die Spitze der Abteilung innere Politik des ANC. 1991 kehrte sie, nach 30 Jahren Exil, in ihre Heimat zurück und wurde Präsidentin des ANC in Kimberley. Seit 1994 gehört sie dem Parlament an. Seit 1966 ist sie Mitglied des nationalen Exekutivausschusses des ANC.



Seit dem Fall des eisernen Vorhangs befinden sich die Ostländer in einem gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch. Die Kultur bleibt dabei meist auf der Strecke und ist deshalb auf ausländische Partner angewiesen. So auch in Tschechien, wo mit Schweizer Unterstützung ein einzigartiges Photo-Projekt den Transformationsprozess des Landes dokumentiert. Von Beat Felber.

Tschechien



Karel Oudin

KULTUR

Gerade mal fünfzehn Gehminuten liegt die Mánesova-Strasse vom berühmten Prager Wenzelsplatz entfernt. Ganz im Gegensatz zum historischen Stadtzentrum, wo in den letzten Jahren viele Fassaden, Strassen und Plätze restauriert und herausgeputzt wurden, hat sich hier praktisch nichts verändert. Kaum je verirren sich Fremde hierhin. Denn das wenige vorhandene Geld fliesst dorthin, wo die Touristenströme sich bewegen. So fällt auch Haus Nummer 78 mit seiner blätternden Fassade, der kupferbeschlagenen, mit Grünspan überzogenen Eingangstüre und mit den jahrzehntelange Mietertreue verratenden Türschilder nicht besonders auf – wenigstens gegen aussen. Doch die Fassade täuscht. Gerade dieses unauffällige Haus

symbolisiert wie kein anderes die Veränderung in Tschechien. Unten, in zwei kleinen Kellerräumen, dreht sich nämlich seit drei Jahren praktisch alles nur noch um ein einziges Thema: Die Wende, der Wandel von Alt zu Neu – nicht nur dieses Hauses und der Menschen, die darin wohnen, sondern von ganz Prag, ja der ganzen Tschechischen Republik. Hier befindet sich das Schaltzentrum des momentan grössten Fotoprojekts des Landes. «Tschechische Republik heute» heisst es. Sein Ziel: Den Wandel des Landes fotografisch zu dokumentieren. Tatsächlich befindet sich Tschechien seit dem Fall des eisernen Vorhangs in einem gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch. Diesen Transformationsprozess zu

dokumentieren, ist die grosse Herausforderung von Jaroslav Barta und seinen Kolleginnen und Kollegen von der Vereinigung Ceské Foto. Sie hat die Förderung der Fotografie in der Tschechischen Republik zum Ziel und wurde 1995 von Jaroslav Barta zusammen mit anderen, befreundeten Fotografen gegründet. Ein Jahr später entstand das Projekt «Tschechische Republik heute». Tschechien kann auf eine jahrzehntelange Tradition hochstehender Fotografie zurückblicken. Dies nicht zuletzt dank seiner international bekannten Prager Filmakademie FAMU. An ihr studierten solch illustre Leute wie Milos Forman – Regisseur von Erfolgsfilmen wie «Einer flog übers Kuckucksnest» und «Amadeus» – oder die Fotografen Josef Sudek, Josef Koudélka und Frantisek Drtikol. Doch trotz FAMU und trotz Ceské Foto: Heute fristet die Fotografie in Tschechien nur ein Randdasein, wenn es um die Unterstützung von institutioneller Seite geht. Andererseits ist unbestritten, dass gerade dieses Medium die extremen Veränderungen im Land wohl wie kein anderes aufzeigen könnte und somit für die Zukunft eine wichtige Quelle wertvoller Informationen darstellt. Die schweizerische Kultur-

stiftung Pro Helvetia hat den Auftrag der DEZA, die zeitgenössischen Kulturschaffenden in den Reformländern Osteuropas zu unterstützen. Ceské Foto ist eines der grossen Projekte der Pro Helvetia im Rahmen dieses Auftrags. «Ohne diese Unterstützung», sagt Pavel Scheufler, der als Historiker das Fotoprojekt begleitet «wäre das Projekt kaum zustande gekommen und bliebe somit eine ganz entscheidende Phase der Geschichte unseres Landes nicht dokumentiert.» «1200 Fotografien haben wir bereits», sagt Jaroslav Barta «und gegen Ende des Jahres werden weitere 800 dazu kommen.» Seit Anfang 1996 arbeiten 15 Fotografinnen und Fotografen während jeweils sechs Monaten an spezifischen Themen wie Stadt, Dorf, Tourismus, Lebensstil, Wohnen, Grosssiedlungen und so weiter. Damit die Dokumentation nicht einseitig ausfällt, wurden nicht nur die Themen möglichst breit gefächert, sondern spielen auch Hintergrund und Alter der ausgesuchten Fotografinnen und Fotografen eine entscheidende Rolle. Der 57jährige Ivo Gil beispielsweise ist bereits ein renommierter Dokumentar Fotograf. Seit langem befasst er sich mit dem Thema Tourismus, Hotellerie und Gastronomie.



Tomas Pospesch

im Fokus



Alena Dvorakova



Caral Curtin



Pavla Hrachová

Pavla Hrachová ist mit 24 Jahren die jüngste in der illustren Fotografenrunde. «Mich interessiert vor allem der Wandel auf dem Land», sagt die Studentin der Fotografie, «dort werden die Bräuche und Traditionen noch viel mehr gelebt als in der Stadt und alles, auch der Wandel, läuft ein bisschen langsamer.» So fokussierte Pavla Hrachová mit ihrer Kamera in den vergangenen Monaten solch gegensätzliche Orte wie die Skoda-Automobilwerke, eine Glasbläserei oder Bauernhöfe. Ausser fotografischen Meriten ist für die Fotografinnen und Fotografen bei diesem Projekt nichts zu holen. Schon gar kein Geld, denn bezahlt wird ihnen einzig das Fotomaterial und ein symbolischer Lohn in der Höhe von 200 Schweizer Franken. Der Historiker Pavel Scheufler kümmert sich neben der nun entstehenden Fotodokumentation auch um den historischen Teil des Ceské Foto-Projekts: In ganz Tschechien stöberte er bedrohliche, historisch und künstlerisch wertvolle Fotosammlungen auf und inventarisierte sie. Ein Teil dieser Sammlungen besteht aus den nur noch selten zu findenden

Daguerrotypien (siehe Randspalte). «Oft vermoderten diese Sammlungen auf irgend einem Estrich. Wenn sie nicht gepflegt werden», ist Pavel Scheufler überzeugt «sind diese Fotografien bald auf immer verloren.» Um diese heikle Aufgabe auch fachgerecht vorzunehmen, ermöglichte die Schweizer Unterstützung des Ceské Foto-Projekts einen Studienaufenthalt im Fachbereich der Fotografie an der dafür spezialisierten «Fondation Suisse pour la Restauration et la Conservation du Patrimoine Photographique» in Neuenburg. Doch das Hauptgewicht von Ceské Foto liegt eindeutig bei der fotografischen Dokumentation des Transformationsprozesses im Lande. Und drei Jahre nach seinem Start steuert das Projekt «Tschechische Republik heute» in den nächsten Monaten seiner Vollendung zu. «Sobald Ende Jahr die letzten Fotos bei uns eintreffen», sagt Jaroslav Bárta «beginnt die Auswahl der Fotos für die vorgesehene Wanderausstellung.» Diese soll nächsten Frühling in Prag beginnen und dann auf Tournee in weitere Städte Tschechiens gehen. «Anschliessend», sagt Iren Stehli,

die das Projekt für Pro Helvetia in Prag unterstützt und begleitet «soll die Ausstellung auch in der Schweiz gezeigt werden. Wo genau ist allerdings noch offen.» Das Schweizer Engagement ist danach beendet, Ceské Foto aber soll leben. Jaroslav Bárta und Pavel Scheufler jedenfalls hegen noch grosse Pläne. Ihr Fernziel soll sie nämlich nicht nur eines Tages aus den Kellerräumen der Mánesova-Strasse, sondern direkt dorthin führen, wo ihrer grossen Passion der Platz zur Verfügung gestellt wird, den sie auch verdient: In ein Haus der Fotografie in Prag.

Daguerrotypien

Das erste fotografische Verfahren überhaupt wurde vom französischen Maler Louis Jacques Mandé Daguerre im Jahre 1837 erfunden. Mit dünnen Schichten Jodsilber überzogene Silber- und Kupferplatten oder Glasplatten (Lichtbilder) belichtete er in der Lochkamera und setzte sie dann Quecksilberdämpfen aus. Das entstandene Bild fixierte er durch eine Lösung von Natron und vergoldete es in einer Goldlösung. Weil vor allem die Lichtbilder unter Lichteinstrahlung ausbleichen und so das Bild für immer verschwindet, werden die in Tschechien gefundenen Daguerrotypien nun in einem virtuellen Museum ausgestellt: Fotografiert und auf CD-Rom gespeichert sind sie für alle Interessierten zugänglich.





Solidarität unter der Lupe

(bf) Seit dem Ende des kalten Krieges hat in der Entwicklungspolitik ein tiefgreifender Wandel stattgefunden. Die vielfältigen Verflechtungen zwischen Nord und Süd werden immer enger. Gleichzeitig bringt der Norden für die Probleme des Südens immer weniger Verständnis auf. René Holenstein, heute für die DEZA in Burkina Faso tätig, geht in seinem Buch «Was kümmert uns die Dritte Welt» dem Ursprung und der Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz nach, besonders während der Jahre zwischen 1960 und 1970. Mehrere Beispiele zeigen verschiedene Facetten der Drittwelt-Solidarität in einer Zeit, als tiefgehende Umwälzungen der Nord-Süd-Verhältnisse realisierbar schienen.

René Holenstein: «Was kümmert uns die Dritte Welt», Chronos-Verlag Zürich 1997.

Menschenrechte

(bf) Die Halbjahreszeitschrift «Widerspruch» widmet sich in ihrer neusten Nummer den Menschenrechten, die von den verschiedenen Fachautoren und -autorinnen umfassend ausgeleuchtet und hinterfragt werden. Um nur einige der spannenden Themen zu nennen: Christa Wichterich schreibt über die Frauenrechtspolitik im internationalen Menschen

rechtsdiskurs; Alex Sutter argumentiert gegen kollektive Menschenrechte; nach Farhad Afshar schliessen sich die internationalen Menschenrechte des Westens und die universalen des Islams prinzipiell aus; Bruno Rütsche untersucht den Paramilitarismus und das Prinzip der Straflosigkeit in der Justiz Kolumbiens; der St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich steht für neue Wirtschaftsbürgerrecht und eine grundrechtorientierte, lebensdienliche Arbeitspolitik ein.

«Widerspruch», Heft 35: *Menschenrechte. Im Buchhandel oder per Tel/Fax: 01 273 03 02. Das Heft ist nur auf Deutsch erhältlich.*

Menschenrechte – so what!?

(bf) Welcher Nationalität sie auch immer angehören, die Sprache der Karikaturisten wird überall auf der Welt verstanden. Nichts und niemand verschonen sie mit ihrer spitzen Feder und ihrem pointiertem Humor. Erst recht nicht die Menschenrechte. 60 Karikaturisten aus Afrika, Amerika, Asien und Europa sind dem Aufruf der Genfer ONG Association mondiale pour l'Ecole instrument de paix (EIP) gefolgt und haben ein Menschenrecht gezeichnet. Das Resultat ist äusserst sehenswert. «Un demi-siècle de droits de l'homme – et alors?/Fifty years of human rights – so what?» ist zu beziehen bei: EIP, 5, rue Simplon, 1207 Genève, Tel. 022 735 24 22, Fax 022 735 06 53

«Wer arm ist, ist selber schuld»

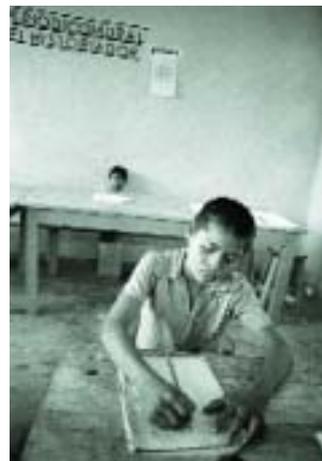
(sbs) «Antworten auf Fragen zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz»: So heisst der Untertitel der vierfarbigen Broschüre der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Bundes-

amts für Aussenwirtschaft (BAWI), die demnächst veröffentlicht wird. «Wer arm ist, ist selber schuld» nimmt häufig geäusserte kritische Meinungen und Fragen zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz auf und erklärt in einfachen Worten, worum es in der Entwicklungszusammenarbeit, der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der humanitären Hilfe geht. Die Publikation basiert zu einem grossen Teil auf dem «Bericht über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz mit Ländern des Südens und Ostens 1986-1995», der der Bundesrat am 6. Mai verabschiedet hat.

«Wer arm ist, ist selber schuld - Antworten auf Fragen zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz» kann gratis bezogen werden bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 09; E-Mail: info@deza.admin.ch

Bildet Euch weiter!

Bildung (sbs) 258 Mal Weiterbildung in landwirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit an 80 verschiedenen Institutionen auf der ganzen Welt, 14 Mal weiterführende Literatur, 70 nützliche Adressen und vier ausklappbare Indexe: Das bietet der zum dritten Mal publizierte Band zur landwirtschaftlichen Weiterbildung im Entwick



Graciela Iturbide/Vu

30
31

lungskontext. Der gut 190-seitige Band wird herausgegeben von der DEZA; zusammengestellt worden sind die zahlreichen Tipps von Infoagrar, der landwirtschaftlichen Informations- und Dokumentationsstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Zollikofen (www.infoagrar.ch). Verwiesen wird auf Weiterbildungskurse im zu Ende gehenden Jahr – der Band bleibt trotzdem aktuell, sollen doch die aufgeführten Kurse auch 1999 und im Jahr 2000 angeboten werden.

Défi Formation Continue: Un guide de cours sélectionnés en agriculture pour le développement.

Einzel Exemplare können gratis bezogen werden bei: infoagrar, Länggasse 85, 3052 Zollikofen.

Indische Tempeltänze von morgen

(gnt) Der indische Perkussionist Trilok Gurtu bereichert seit Ende der siebziger Jahre manche Jazz(-rock)-Formation und –Aufnahme, die weltbekannt wurde: er spielte u.a. schon mit Oregon, Mac Laughlin, Zawinul oder Metheny. Nun ist «back to the roots» ja in – auch Gurtu sucht zurück zu den indischen Meistern, die ihn die Tala (Rhythmik) zum Kathak (Tempeltanz) gelehrt haben. In seiner Kreation «The Glimpse» entfacht er ein wildes Feuer von Rhythmen, die das ganze hektische urbane Indien abbilden. In diesem sind jedoch auch immer noch verträumte Tempel und hohe Brahmanen zu finden, die das alte und das junge Leben zusammenhalten.



Gurtu macht daraus sieben schillernde Veitstänze der Weltmusik!

Trilok Gurtu: The Glimpse (Kathak). (Escapade/RecRec).

Mediterrane Multikultivatorin

(gnt) Wie nahe jiddische Klezmermusik und die Volksmusik



der osteuropäischen Zigeuner liegen, war lange ein wohl-bekanntes Tabu: die Aussenseiter der balkanischen Gesellschaften – aus Spanien vertriebene Sepharden und aus Südosten eingewanderte Roma – vermischten sich, vor allem innerhalb des Musikgewerbes. Ruth Yaakow leuchtet mit ihrer hypnotischen Stimme und dem Ensemble aus einem Albaner, einem Uruguayer und einem Türken diese hybride Volksmusik aus. Und bringt sie zu neuem Glanz. Shaatnez heisst das jüdische Gesetz, das die Vermischung von Ungleichem verbietet: doch dieses musikalische Sakrileg, die freche Mischung von balkanischen, türkischen, jüdischen und arabischen Stilen weist in eine schönere Zukunft.

Ruth Yaakov Ensemble: Shaatnez / Sephardic Songs from the Balkans. (piranha/cod-tuxedo).

Senegals brennende Stimme

(gnt) Lange stand Baaba Maal im Schatten seines senegalesischen Landsmannes Youssou N'dour. Seine selteneren Produktionen überzeugten indessen die Fachleute immer wieder, es sei nur an das epochale Album mit seinem blinden Meister und

Griot Mansour Seck «Djam Leeli» (1989) erinnert. Inzwischen hat er in England zu produzieren begonnen, wo er in den 80ern Kunst studiert hatte. Nicht um den Zwängen des Business zu folgen wie viele seiner afrikanischen Genossen, sondern um mit exzellenten Produzenten mittels neuester Technik das Beste aus seinen Ideen zu machen. Was Maal auf «Nomad Soul» erneut gelungen ist: die pulsierend-brennende Stimme schwebt über einer Reihe moderner afrikanischer Beats, die betören und zum Tanzen hinreissen. Moderne sahelische Preislieder auf Allah, auf Frauen und das Leben. *Baaba Maal: Nomad Soul* (Palm Pictures/cod-tuxedo).

Tropische Landwirtschaft

Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft führt folgende offene Kurse für Interessierte durch:

- 25.11.–4.12.98 Tierhaltung in den Tropen (in D/E)
- 5.1.–14.1.99 Entwicklungspolitik (in F)
- 5.1.–20.1.99 Agroforstwirtschaft (in F)
- 8.1.–12.1.99 Bewässerung in den Tropen (in E/F)
- 22.1.–28.1.99 Boden- und Wasserkonservierung (in E)
- 9.2.–12.2.99 Tierhygiene in den Tropen (in D/E)
- 22.2.–26.2.99 Entomologie (in D/E)

Informationen: Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, 3052 Zollikofen, Tel. 031 910 21 11 Fax 031 910 22 96 Anmeldung bis spätestens sechs Wochen vor Kursbeginn.

Leserbriefe

Würze in Kürze

Bin von den beiden bisherigen Ausgaben sehr angetan: Würze in Kürze; ansprechend gestaltet; für die grosse Mehrheit verständlich – doch, wie erreicht sie sie? Müsste Schullesestoff ab Altersstufe 12 werden können. Lehrer und Lehrerinnen motivieren! Hoffnung keimt wieder auf. Ich danke Ihnen dafür. *Charlotte Benz, Zürich*

Geschätzte Hinweise

Zu Ihrer neuen Zeitschrift möchte ich Ihnen gratulieren. Sie ist wirklich noch besser als die frühere Publikation. Ganz besonders schätze ich die Seiten über Kultur und Hinweise auf Bücher und CDs (noch lieber wären mir Platten bzw. Vinyl, wie das heute heisst, aber das ist nun wohl doch zu viel verlangt). *Barbara Stiner, Zürich*

Angenehme Überraschung

«E+D» gefiel mir sehr, Ihre neue Publikation finde ich ausgezeichnet. Meine Freunde und ich sind überrascht, dass wir regelmässig so gute Publikationen erhalten. Ich meinerseits möchte Ihnen vorschlagen, einen Umweltwettbewerb mit Fotos zu veranstalten und einen weiteren mit Gedichten über die Menschenrechte. Ein langes Leben für «Eine Welt»! *Matta Tahirou, Diffa, Niger*

Kurzfutter

Das neue DEZA-Magazin «Eine Welt» gefällt mir ausgezeichnet, trotz einer gewissen Tendenz zu «Kurzfutter». Das Layout ist ausgezeichnet und die Bilder sind oft hervorragend. Auch die kulturellen Beiträge sind sehr gut.

Anita von Rotz, Zürich

Annenda



Junge Kunst aus Kuba

Kuba ist nicht nur für Musik ein fruchtbarer Nährboden. Auch die bildenden Künste haben eine grosse Zukunft. Eine junge Generation von Künstlerinnen und Künstlern schaffen Werke, die international sehr beachtet werden. Es ist das Verdienst der Abteilung Nord-Süd von Pro Helvetia – mit Unterstützung der DEZA –, dass diese Werke nun erstmals in der Schweiz zu sehen sind. Auch die Kunstschaffenden selber werden unser Land kennenlernen: So hat die Stadt Sitten zwei von ihnen zu einem längeren Atelieraufenthalt eingeladen. 7. November bis 3. Januar 1999 im Musée des Beaux Arts, La Chaux-de-Fonds

Menschenrechtsbildung

Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts organisieren die Stiftung Bildung und Entwicklung sowie die Akademie für Menschenrechte in Bern eine Impuls-Tagung zur Menschenrechtsbildung. Dabei soll aufgezeigt werden, was alles im Bereich Menschenrechte in den Schulen und in der Erwachsenenbildung läuft, welche Materialien und Unterrichtsmittel, CD-ROMs etc. zur Verfügung stehen. Die Tagung richtet sich vorab an Lehrkräfte, Bildungsverantwortliche, Erwachsenenbildner und Interessierte aus den Hilfswerken.

Zwei Tage später wird das Projekt auch in Yverdon vorgestellt, anlässlich des «Colloque romand 98» der Erziehungsdirektoren-Konferenz der französischen und italienischen Schweiz, die unter dem Titel «Educations aux citoyennetés» steht. 2. Dezember im Bürenpark in Bern
4. Dezember im Y-Park in Yverdon-les-Bains

NGO in einer globalen Zukunft

Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Süden wie im Norden hat für die DEZA einen hohen Stellenwert. Sie unterstützt daher die Teilnahme von NGO-Vertreter/innen aus dem Süden an der Internationalen Konferenz zum Thema «NGO in einer globalen Zukunft», die vom 10. bis 13. Januar 1999 an der Universität von Birmingham/UK stattfindet.

10. bis 13. Januar 1999 in Birmingham
Weitere Informationen zu dieser Konferenz: International Development

Department, School of Public Policy,
The University of Birmingham,
Edgbaston, Birmingham B15 2TT.
Fax 0121 414 7164,
E-Mail: a.bolstridge@bham.ac.uk

Jahrespressekonferenz

An der Jahrespressekonferenz informieren die DEZA und ihre Abteilungen (Entwicklungszusammenarbeit, Osteuropa-Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe) über interessante und aktuelle Themen und Projekte aus ihrer Arbeit. 15. Januar 1999 von 9.30 bis 11 Uhr im Hotel Kreuz Bern

Gesundheit in der Perspektive der Geschlechterrollen

Das Universitätsinstitut für Entwicklungsstudien (IUED) in Genf organisiert mit Unterstützung der DEZA ein Kolloquium zum Thema Gesundheit in der Perspektive der Beziehungen zwischen Männern und Frauen. Verschiedene Fachleute und Vertreter und Vertreterinnen von Entwicklungsorganisationen aus dem Norden und dem Süden nehmen Stellung. 28. und 29. Januar 1998 im IUED in Genf
Weitere Informationen bei: IUED, Postfach 136, 1211 Genf 21

«Schweiz global», das Magazin des Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), stellt aktuelle Themen der schweizerischen Aussenpolitik vor. Es erscheint fünf Mal jährlich in Deutsch, Französisch und

Weltethos

1990 legte der streitbare Schweizer Theologieprofessor Hans Küng eine Programmschrift zur Frage nach dem Weltethos vor. Inzwischen entstand in Tübingen eine Stiftung Weltethos und letztes Jahr wurde auch in der Schweiz eine ebensolche gegründet. Ihr Ziel: die Erklärung zum Weltethos zu verbreiten. Im Auftrag dieser Stiftung und nach Rücksprache mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK lancierte die Stiftung «Bildung und Entwicklung» diesen Herbst einen Wettbewerb für Unterrichtsversuche und Projekte zur Erklärung des Weltethos. Bis Herbst 1999 können Schulen und Schulklassen ihre Projekte einreichen. Nähere Angaben und Informationen bei: Stiftung «Bildung und Entwicklung», 8035 Zürich, Tel. 01 360 42 32 Fax 01 360 41 33

Italienisch. Abonnemente (kostenlos) können bestellt werden bei: «Schweiz global» c/o Schaer Thun AG, Industriestrasse 12, 3661 Uetendorf.

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA).



Redaktionskomitee

Marco Cameroni (verantwortlich) Catherine Vuffray (vuc) Andreas Stuber (sbs) Maya Krell (km) Reinhard Voegele (vor) Stefan Kaspar (kst) Marco Rossi (rm) Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf – Produktion) Marco Gehring (mg) Gabriela Neuhaus (gn) Jane-Lise Schneeberger (jls)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie

City Comp SA, Morges

Druck

Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Die Wiedergabe von Artikeln, auch auszugsweise, ist unter Angabe der Quelle erlaubt. Ein Belegexemplar an die Herausgeberin ist erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei: DEZA, Sektion Medien und Kommunikation, 3003 Bern, Tel. 031 322 34 40 Fax 031 324 13 48 E-mail: info@deza.admin.ch

39785

Umschlag Keystone

«Eine Welt»

Bestellcoupon und Adressänderung

- Ich möchte «Eine Welt» abonnieren. Das Magazin der DEZA ist gratis und erscheint viermal jährlich in Deutsch, Französisch und Italienisch. Ich möchte folgende Anzahl Exemplare: in Deutsch, in Französisch,in Italienisch.
- Ich wünsche weitere Gratisexemplare der Nummer vier von «Eine Welt» und zwar: Ex. in Deutsch,Ex. in Französisch, Ex. in Italienisch.
- Meine neue Adresse lautet

(Bitte in Blockschrift)

Name und Vorname: _____

Ev. Organisation/Institution: _____

Adresse: _____

Postleitzahl, Ort: _____

Bei Adressänderungen legen Sie bitte die alte Adressetikette bei!

Senden Sie den Coupon an: DEZA, Sektion Medien und Kommunikation, 3003 Bern

Internet: www.sdc-gov.ch

